

ALEXANDER BRUNS

Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung

Jus Privatum

74

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 74



Alexander Bruns

Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung

Mohr Siebeck

Alexander Bruns, geboren 1966; 1987–1992 Studium der Rechtswissenschaft in Konstanz; 1992–1995 Referendariat in Konstanz und Freiburg; 1995–2002 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Freiburg, 1996 Promotion; 1997–1998 LL.M.-Studium an der Duke University School of Law, Durham, U.S.A.; 2000–2002 Habilitandenstipendium der DFG; 2002 Habilitation, Universitätsprofessor an der Georg-August-Universität Göttingen.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

978-3-16-157888-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-147908-4

ISSN 0940-9610

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

Meiner Frau Monika

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2001/02 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als schriftliche Habilitationseleistung anerkannt. Sie behandelt die wissenschaftlich und praktisch gleichermaßen wichtige Frage nach den Grundlagen und Grenzen zulässiger Haftungsbeschränkung. Die Rechtsordnung unterscheidet zwischen der Haftungsbeschränkung durch Vertrag und der Begrenzung von Haftungsrisiken durch die Gründung insbesondere von Kapitalgesellschaften. Die Gegenüberstellung von Vertrags- und Gesellschaftsrecht deckt deutliche Divergenzen bei der rechtlichen Beurteilung von vertraglichen und institutionellen Haftungsbeschränkungen durch die Rechtsprechung und die herrschende Lehre auf. Der hier entwickelte neue Grundansatz plädiert für die grundsätzliche Zulässigkeit gesellschaftsrechtlicher und vertraglicher Haftungsbeschränkungen, falls eine geschäftsadäquate Mindesthaftung gewahrt wird. Das Grundprinzip angemessenen Ausgleichs zwischen zulässiger Haftungsbeschränkung und notwendiger Mindesthaftung gilt nicht nur im deutschen Recht, sondern liegt letztlich auch dem europäischen und US-amerikanischen Recht zugrunde und kann insoweit international Geltung beanspruchen. Das Manuskript ist im Herbst 2001 abgeschlossen, nachträglich berücksichtigt wurden die Neuregelung durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz, die Änderungen durch die Einführung des Euro und das Zweite Gesetz zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften.

Ganz besonderer Dank gebührt meinem hochverehrten Lehrer Professor Dr. Rolf Stürner. Er hat die Arbeit angeregt, an seinem Freiburger Institut für Deutsches und Ausländisches Zivilprozeßrecht betreut und das Erstgutachten erstellt. Seiner langjährigen wohlwollenden Förderung verdanke ich den wissenschaftlichen Werdegang. Danken möchte ich auch Herrn Professor Dr. Uwe Blaurock für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Gedankt sei außerdem Herrn Professor Paul D. Carrington, Duke University School of Law, für die kenntnisreiche Vermittlung der Essentialia des US-amerikanischen Rechtssystems und Herrn Professor Peter L. Murray, der mir durch seine freundliche Einladung an die Harvard Law School vertiefte Studien zum US-amerikanischen Recht der Haftungsbeschränkung ermöglicht hat. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat mein Habilitationsvorhaben durch ein Habilitandenstipendium und die Drucklegung durch eine Druckbeihilfe unterstützt.

Freiburg, im August 2002

Alexander Bruns

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIV

1. Teil. Thematische Einführung und rechtshistorische und rechtsökonomische Grundlagen

§1 Das Thema	2
§2 Die rechtsgeschichtliche Entwicklung von der unbeschränkten zur beschränkbar Haftung	19
§3 Haftungsbeschränkungen in der ökonomischen Analyse des Rechts ..	45

2. Teil. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in den USA und in Europa

§4 Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in den USA	62
§5 Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in Europa – Rechtsvergleich, europäische Grundgarantien und deutsches Internationales Privatrecht	115

3. Teil. Der verfassungsrechtliche Rahmen für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen und seine Ausfüllung im Gesellschaftsrecht und im allgemeinen Vertrags- und Haftungsrecht

§6 Der verfassungsrechtliche Rahmen für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	158
§7 Die Grundlagen und Grenzen des institutionellen Haftungsprivilegs ..	184
§8 Der Grundsatz der Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im allgemeinen Vertrags- und Haftungsrecht	231

4. Teil. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen bei ausgewählten Geschäften des Zivil- und Handelsrechts

§9 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Kaufrecht	282
---	-----

§ 10	Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Dienstvertragsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Arzthaftung	309
§ 11	Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Werkrecht	333
§ 12	Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Geschäftsbesorgungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Rechts- und Wirtschaftsberaterhaftung und der Bankenhaftung	348
§ 13	Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Gütertransport- und Lagerhaltungsrecht	378
§ 14	Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Personenbeförderungs-, Beherbergungs- und Reiserecht	403

5. Teil. Schluß

§ 15	Gesamtergebnis	428
	Literaturverzeichnis	434
	Verzeichnis englischer und US-amerikanischer Entscheidungen	457
	Sachregister	465

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIV

1. Teil

Thematische Einführung und rechtshistorische und rechtsökonomische Grundlagen

§1 <i>Das Thema</i>	2
I. Einleitung und Fragestellung	2
II. Grundbegriffe	3
1. Der Begriff der Haftungsbeschränkung	3
a) Die Eingrenzung von Haftungstatbestand und Haftungsfolge ..	3
b) Die institutionelle Haftungsbeschränkung durch Haftungstrennung kraft Rechtsform	3
c) Der schiffahrtsrechtliche Sonderfall nachträglicher Gesamthaftungsbeschränkung durch Errichtung eines Fonds oder durch Einrede	4
2. Die Abgrenzung der Haftungsbeschränkung von der rechtfertigenden Einwilligung und der bewußten Risikoübernahme ..	5
a) Die rechtfertigende Einwilligung	5
b) Die bewußte Risikoübernahme	5
3. Verfahrensrechtliche Begrenzungen der Haftungsrealisierung	6
a) Vollstreckungsvereinbarungen	6
b) Gerichtsstandsvereinbarungen und Schiedsvereinbarungen	6
4. Zur Terminologie	6
III. Überblick über den Stand des deutschen Rechts der Haftungsbeschränkungen	7
1. Der haftungsrechtliche Grundsatz der Totalreparation und das Fehlen einer Reduktionsklausel	8
2. Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	9
a) Betragsmäßige Haftungsbeschränkungen	9
b) Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabes	11
c) Der »Ausschluß« bestimmter Risiken und Verletzungsfolgen ...	11

3. Der gesetzliche Zulässigkeitsrahmen für vertragliche Haftungsbeschränkungen und die Grundpositionen von Rechtsprechung und Lehre	12
a) Die gesetzliche Regelung	12
b) Die Entwicklungslinien der Rechtsprechung zur betragsmäßigen Haftungsbeschränkung	14
c) Der Standpunkt der Literatur	16
4. Die grundsätzlich weitergehende Zulässigkeit institutioneller Haftungsbeschränkung	16
IV. Die Schuldrechtsreform	16
V. Fallbeispiele	17
VI. Der Gang der Darstellung	18
§ 2 <i>Die rechtsgeschichtliche Entwicklung von der unbeschränkten zur beschränkbaren Haftung</i>	19
I. Römisches Recht	20
1. Frühzeit	20
a) Der Ausgangspunkt unbeschränkter persönlicher Haftung	20
b) Personenvereinigungen ohne Haftungsprivileg	20
c) Das Darlehen als Urform der Geschäftsbeteiligung mit Haftungsbeschränkung	21
2. Vorklassisches und klassisches Recht	22
a) Die Herausbildung der Obligation mit grundsätzlicher Personal- und Generalexekution	22
b) Die schrittweise Hinwendung zur Einzelvollstreckung mit gradus executionis im klassischen Kognitionsprozeß	23
c) Das Fehlen vertraglicher und institutioneller Beschränkungsmöglichkeiten	23
d) Die Weiterentwicklung des Darlehens und erste Zinsgesetze	24
3. Nachklassische Zeit	24
a) Die Anfänge vollstreckungsrechtlichen Schuldnerschutzes	24
b) Die ersten Ansätze obligationenrechtlichen Schuldnerschutzes und der Stand des Gesellschaftsrechts	24
c) Die Wurzeln des kanonischen Zinsverbots und die Festlegung von Zinshöchstsätzen	25
II. Germanische Frühzeit, fränkische Zeit und Karolingerzeit	26
1. Germanische Frühzeit	26
a) Friedlosigkeit und außergerichtliche Pfandnahme als Vorläufer der Vollstreckung	26
b) Frühe Formen rechtsgeschäftlicher Haftungsbegründung mit beschränkter Sachhaftung	27
2. Volksrechte, fränkische Zeit und Karolingerzeit	27
a) Erste Ansätze zur Beschränkung des Vollstreckungszugriffs	27

b) Die Entwicklung des Schuldrechts und der beginnende Einfluß des kirchlichen Zinsverbots	27
III. Mittelalterliches Recht	29
1. Die drei vollstreckungsrechtlichen Grundmodelle und die Herausbildung einer Vollstreckungsreihenfolge	29
2. Die Weiterentwicklung des Vertragsrechts und die wachsende Bedeutung des Zinsverbots im weltlichen Recht	29
3. Die Entwicklung neuer Geschäftstypen zur Umgehung des Zinsverbots	31
IV. Gemeines Recht	32
1. Die weitere Entwicklung vom unbegrenzten zum beschränkten Vollstreckungszugriff	32
2. Die schrittweise Verselbständigung des Obligationenrechts und das Verbot des Ausschlusses der Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	33
3. Der einsetzende Rückzug des kanonischen Zinsverbots	34
a) Die wirtschaftlichen und innerkirchlichen Gründe des langsamen Abschieds	34
b) Die ursprüngliche Verteidigung des Zinsverbots durch die Reformation und ihre spätere Kehrtwende	34
c) Die Rechtsprechung des Reichskammergerichts und die zinsfreundliche Entwicklung der Rechtslehre bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts	35
4. Die gesellschaftsrechtliche Genese der juristischen Person	36
V. Partikularrechte und frühe Reichsgesetzgebung	36
1. Die Modernisierung des Einzelvollstreckungsrechts	36
2. Die Beschränkbarkeit der Fahrlässigkeitshaftung	37
3. Der allmähliche Abbau des Zinsverbots zugunsten fester Höchstsätze	37
4. Die Ausdehnung der Möglichkeiten institutioneller Haftungsbeschränkung	38
VI. Das Zeitalter der großen Kodifikationen	39
1. Die grundsätzliche Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen nach dem Durchbruch der Privatautonomie	39
2. Der bahnbrechende Aufschwung des Kapitalgesellschaftsrechts	39
VII. Die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart und die Europäisierung des Privatrechts	40
1. Die Tendenz zur sozialen Vollstreckung	40
2. Die zunehmende Einschränkung des Gestaltungsspielraums für vertragliche Haftungsbeschränkungen durch verstärkte Inhaltskontrolle auch aufgrund europäischen Rechts	41
3. Die Verfeinerung und Ausweitung der Möglichkeiten institutioneller Haftungsbeschränkung	41

VIII. Würdigung der geschichtlichen Entwicklung	42
1. Von der unbegrenzten zur beschränkbaren Haftung	42
2. Gewinnchance und Haftungsrisiko	43
3. Haftungsbeschränkung und Privatautonomie	43
4. Das Zusammenwirken von Schuld- und Gesellschaftsrecht mit dem Vollstreckungs- und Insolvenzrecht	44
5. Die gemeinsame historische Grundfrage der Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkung	44
 § 3 <i>Haftungsbeschränkungen in der ökonomischen Analyse des Rechts</i>	 45
I. Begriffe, Grundlagen und Fragestellung	45
1. Grundbegriffe und Ursprung der ökonomischen Rechtsanalyse	45
a) Die ökonomische Analyse des Rechts und die ökonomische Rechtstheorie	45
b) Die Ursprünge der normativen ökonomischen Rechtsanalyse	46
2. Die methodischen Grundlagen	47
3. Fragestellung	48
II. Die gegensätzlichen Grundpositionen zur Ökonomie von Haftung und Haftungsbeschränkung	49
1. Die These von der nationalökonomischen Notwendigkeit grundsätzlich unbeschränkter Haftung	49
2. Die Gegenthese: Haftungsbeschränkung als ökonomische Notwendigkeit	50
3. Stellungnahme	51
III. Die Ökonomie vertraglicher Haftungsbeschränkung	52
1. Die Schwierigkeit einer systemgerechten Beurteilung von Haftungsbeschränkungen vom Standpunkt der ökonomischen Analyse	52
2. Das ungeklärte Verhältnis der ökonomischen Rechtsanalyse zur Vertragsfreiheit und die Folgen für die Beurteilung von vertraglichen Haftungsbeschränkungen	53
3. Die offene Frage des konkreten Maßes zulässiger Haftungsbeschränkung und die Vermutung zugunsten privatautonomer Beschränkbarkeit der Haftung	54
IV. Die Ökonomie institutioneller Haftungsbeschränkung	54
1. Der Diskussionsstand zu Haftungsprivileg und Durchgriffshaftung	54
2. Würdigung und Stellungnahme	56
V. Die Transaktionskosten bei vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkung	57
VI. Die Bilanz der ökonomischen Analyse	58

2. Teil

Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in den USA
und in Europa

§ 4	<i>Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in den USA</i>	62
I.	Die Bedeutung des transatlantischen Rechtsvergleichs und der Gang der Darstellung	62
1.	Die Bedeutung des Rechtsvergleichs mit den USA	62
2.	Der Gang der Darstellung	62
II.	Die Grundlagen der zivilrechtlichen Haftung und ihre materiellrechtlichen und prozessualen Grenzen	63
1.	Die Grundkoordinaten zivilrechtlicher Haftung	63
a)	Das Haftungsrecht als Einzelstaatenrecht	63
b)	Die Haftung für breach of contract	63
c)	Die deliktische Haftung für negligence und andere Deliktstatbestände	64
2.	Gesetzliche Haftungshöchstbeträge	64
a)	Höchstgrenzen für kompensatorische Schadensersatzhaftung	64
b)	Gesetzliche Beschränkungen von punitive damages	67
c)	Verfassungsrechtliche Schranken strikter statutarischer Haftungshöchstgrenzen	68
3.	Die richterliche Korrektur überhöhter oder unangemessen niedriger Schadensersatzverdikte	70
a)	Remittitur	70
b)	Additur	72
c)	Zusammenfassende Würdigung der richterlichen Korrekturmöglichkeiten	74
III.	Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen	75
1.	Der Ausgangspunkt der Vertragsfreiheit und ihre allgemeinen Grenzen	75
a)	Die Privatautonomie und der beschränkungsfreundliche Ausgangspunkt	75
b)	Die allgemeinen Grenzen der Vertragsfreiheit	75
c)	Die fließenden Übergänge bei der Beurteilung von Beschränkungen der Vertragshaftung und der Deliktshaftung	77
2.	Die Rechtsprechung des US Supreme Court	77
a)	Die Unwirksamkeit von Haftungsausschlüssen für negligence	77
b)	Die grundsätzliche Zulässigkeit betragsmäßiger Haftungsbegrenzungen	79
3.	Die jüngere Rechtsprechung der Instanz- bzw. Staatengerichte zur Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	79
4.	Die Beschränkbarkeit der Verkäuferhaftung nach dem Uniform Commercial Code	81

a) Das System der Verkäuferhaftung nach dem UCC	81
b) Die Beschränkung der Haftung für implied warranties	82
c) Die Beschränkung der Haftung für express warranties	83
d) Die Grenzen vertraglicher Haftungsbeschränkungen nach UCC 2-219	83
IV. Die Zulässigkeit institutioneller Haftungsbeschränkung	85
1. Rechtsgeschichtlicher Rückblick	85
a) Die frühe englische Entwicklung	85
b) Die Rechtsentwicklung in den USA	86
2. Die US-amerikanischen Gesellschaftsformen im Überblick	88
3. Die Gesellschaftsformen mit institutionellem Haftungsprivileg	89
a) Corporations	89
b) Limited Liability Companies	91
c) Limited Liability Partnerships	96
4. Der gesellschaftsrechtliche Haftungsdurchgriff: »piercing the corporate veil«	97
a) Der Haftungsdurchgriff im Spiegel der Theorien der juristischen Person	97
b) Die verschiedenen dogmatischen Grundansätze und Hauptkriterien zur Begründung des Durchgriffs	99
c) Die Rechtsprechung des US Supreme Court	101
d) Die bundesrechtliche Rechtsprechung der Circuit Courts of Appeals	103
e) Der Haftungsdurchgriff im Recht der Einzelstaaten	104
5. Die Parallelproblematik bei den Limited Liability Companies	110
V. Das US-amerikanische Kollisionsrecht	111
1. Das Kollisionsrecht der vertraglichen Haftungsbeschränkung	111
2. Das Kollisionsrecht der institutionellen Haftungsbeschränkung	112
a) Die grundsätzliche Maßgeblichkeit des Gründungsstatuts	112
b) Die Behandlung der kollisionsrechtlichen Problematik in der Rechtsprechung	112
3. Würdigung	113
VI. Zusammenfassung	114
§ 5 <i>Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in Europa – Rechtsvergleich, europäische Grundgarantien und deutsches internationales Privatrecht</i>	115
I. Einleitung und Plan der Untersuchung	115
II. Die Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkungen im europäischen Rechtsvergleich	116
1. Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen	116
a) Die Gemeineuropäischen Grundlagen	116

b) Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen in den nationalen Rechtsordnungen wichtiger EU-Staaten	117
c) Principles of European Contract Law und UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts	122
d) Die Vorarbeiten des Europäischen Parlaments zu einem Europäischen Zivilgesetzbuch	125
2. Die Zulässigkeit institutioneller Haftungsbeschränkungen	126
a) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung – Einpersonengesellschaften	126
b) Der Haftungsdurchgriff in der EU	129
3. Die gegenläufigen gemeineuropäischen Grundlinien zur Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkungen	133
III. Die Vorgaben der EU-Grundgarantien für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	134
1. Die Grundlagen und Quellen der EU-Grundgarantien	135
a) Die Europäische Menschenrechtskonvention	136
b) Die gemeinsamen Verfassungstraditionen als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts	136
c) Die Grundfreiheiten des EG-Vertrages und die allgemeine Handlungsfreiheit	137
d) Sonstiges Konventionsrecht und unverbindliche Grundrechtserklärungen von Gemeinschaftsorganen	137
e) Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	138
2. Das Verhältnis der EU-Grundgarantien zum nationalen Verfassungsrecht	139
3. Die Vertragsfreiheit als europäische Grundgarantie und die Garantie vertraglicher Haftungsbeschränkung	140
4. Die Vereinigungsfreiheit und die Niederlassungsfreiheit als europäische Grundgarantien institutioneller Haftungsbeschränkung	141
5. Der europäische Gleichheitssatz und die Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkungen	142
IV. Das deutsche internationale Privatrecht der Haftungsbeschränkung in Europa	143
1. Das deutsche internationale Vertragsrecht	143
a) Der Grundsatz der freien Rechtswahl	143
b) Die Grenzen der Rechtswahlfreiheit	144
2. Das deutsche internationale Gesellschaftsrecht	146
a) Die Qualifikation institutioneller Haftungsbeschränkung	146
b) Die Bestimmung des Gesellschaftsstatuts: Gründungstheorie versus Sitztheorie	148
c) Die Niederlassungsfreiheit als Grenze der Sitztheorie	151
3. Die Divergenz von internationalem Vertrags- und internationalem Gesellschaftsrecht	155

V. Zusammenfassung zur Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in Europa	156
---	-----

3. Teil

Der verfassungsrechtliche Rahmen für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen und seine Ausfüllung im Gesellschaftsrecht und im allgemeinen Vertrags- und Haftungsrecht

§ 6 <i>Der verfassungsrechtliche Rahmen für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen</i>	158
I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	158
1. Die Bedeutung des Verfassungsrechts als Maßstab für die Ausgestaltung und Anwendung des Zivilrechts im integrierten Europa	158
2. Die Aufgabenstellung	158
3. Der Gang der Darstellung	159
II. Die Grenzen der zwangsweisen Haftungsrealisierung durch Vollstreckung als verfassungsrechtlicher Hintergrund	159
1. Die Rechtsschutzgewährleistung zugunsten des Gläubigers	159
2. Der Grundsatz des beschränkten Zugriffs auf Vermögen und Person des Schuldners	160
a) Die sachlichen Grenzen des zwangsweisen Gläubigerzugriffs	160
b) Die Chance auf einen Neuanfang in Gestalt der insolvenzrechtlichen Restschuldbefreiung	161
3. Die Grenzen der Beschränkung des Vollstreckungszugriffs	161
III. Die Grenzen materiellrechtlicher Haftungsbegründung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	162
1. Die Grenzen der Minderjährigenhaftung	162
a) Die Grenzen der elterlichen Vertretungsmacht	162
b) Die Grenzen der Deliktshaftung Minderjähriger	163
2. Die Grenzen eigener privatautonomer Haftungsbegründung Volljähriger	164
a) Die Inhaltskontrolle von Bürgschaften naher Familienangehöriger	164
b) Die Grenzen der notariellen Freistellung von Unterhaltsansprüchen	165
IV. Die vertragliche Beschränkbarkeit der Haftung als Verfassungsgarantie	165
1. Die Privatautonomie als Garantie vertraglicher Haftungsbeschränkung	166
a) Die Gewährleistung der Vertragsfreiheit in Art. 2 Abs. 1 GG	166

b) Die Eigentumsгарантие und die vertragliche Beschränkbarkeit der Haftung	167
c) Die Freiheit unternehmerischer Betätigung als Garantie vertraglich begrenzbaren Haftungsrisikos	168
2. Die Grenzen vertraglicher Haftungsbeschränkung	169
a) Die Privatautonomie des Vertragspartners	169
b) Das Leben, die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum des Vertragspartners	170
c) Grenzen zulässiger Haftungsbeschränkung aufgrund des Sozialstaatsprinzips?	171
3. Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen in verschiedenen Rechtsbereichen vor dem allgemeinen Gleichheitssatz	172
V. Die institutionelle Beschränkbarkeit der Haftung als Verfassungsgarantie	174
1. Die Vereinigungsfreiheit als Garantie institutioneller Beschränkbarkeit der Haftung	174
a) Die individuelle und kollektive Vereinigungsfreiheit	174
b) Die gesetzgeberische Pflicht zur Gewährleistung der institutionellen Haftungsbeschränkung	175
2. Die verfassungsrechtlichen Grenzen institutioneller Haftungsbeschränkung	178
a) Der Gläubigerschutz	178
b) Das Sozialstaatsprinzip	178
3. Die Zulässigkeit institutioneller Haftungsbeschränkung in verschiedenen Rechtsbereichen vor dem allgemeinen Gleichheitssatz	179
VI. Die Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkung vor dem Gleichheitssatz	179
1. Das Gebot sachlich vergleichbarer Ausgestaltung der gesetzlichen Zulässigkeitsregeln für institutionelle und vertragliche Haftungsbeschränkungen	179
2. Die gebotene Berücksichtigung des Gleichheitssatzes bei der Auslegung von Rechtsnormen über die Zulässigkeit institutioneller und vertraglicher Haftungsbeschränkungen	181
VII. Zusammenfassung	181
 § 7 <i>Die Grundlagen und Grenzen des institutionellen Haftungsprivilegs</i>	 184
I. Die Aufgabenstellung	184
II. Der rechtstheoretische und funktionale Zusammenhang zwischen institutioneller Haftungsbeschränkung und juristischer Personifizierung	184

1. Die Theorien der juristischen Person und das Haftungsprivileg	184
a) Die Fiktionstheorie	185
b) Die Theorie der realen Verbandspersönlichkeit	185
c) Die Zweckvermögenstheorie	187
d) Der Ertrag der dogmatischen Bemühungen	187
2. Der funktionale Zusammenhang zwischen Haftungsprivileg und juristischer Personifizierung	188
a) Haftungsprivileg kein notwendiges Merkmal der juristischen Person	188
b) Juristische Personifizierung keine notwendige Bedingung institutioneller Haftungsbeschränkung	188
c) Die Umkehrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses von unbeschränkter und beschränkter Haftung als Hauptfunktion der juristischen Personifizierung	189
III. Die sachliche und persönliche Reichweite des institutionellen Haftungsprivilegs	190
1. Der für GmbH und AG zugängliche Geschäftskreis	190
a) Der Grundsatz	190
b) Die Besonderheiten des Bank- und Versicherungsrechts	190
c) Die Besonderheiten der freien Berufe	191
2. Der Kreis der privilegierten Personen	192
IV. Die institutionelle Mindesthaftung des gesetzlichen Garantiefonds . . .	192
1. Die Grundsätze des Gläubigerzugriffs auf den Garantiefonds	192
a) Das Trennungsprinzip	192
b) Der Grundsatz der Zurechnungshaftung ohne Rücksicht auf den Gesellschaftszweck	193
c) Der Garantiefonds und die par conditio creditorum	193
d) Die gesetzliche Mindesthöhe des Grund- bzw. Stammkapitals . . .	194
e) Die Ergänzung der Fondshaftung durch persönliche Handelndenhaftung	195
2. Die Grundzüge der Kapitalaufbringung bei AG und GmbH	196
a) Aktiengesellschaft	197
b) GmbH	198
3. Die Grundzüge der Kapitalerhaltung bei AG und GmbH	199
a) Aktiengesellschaft	199
b) GmbH	200
4. Der Sinn und Zweck der garantierten Mindesthaftung	201
a) Der Gläubigerschutz	201
b) Der Anleger- und Minderheitenschutz	202
c) Die Sicherung der Lebensfähigkeit der juristischen Person durch präventiven Überschuldungsschutz	202
V. Die Erweiterung der Mindesthaftung im Eigenkapitalersatzrecht als Schritt zur angemessenen Eigenkapitalisierung	203
1. Begriffe und Funktion	203

a) Begriffe: Eigenkapitalersatz und »nominelle« Unterkapitalisierung	203
b) Die Funktion des Eigenkapitalersatzrechts	204
2. Die Schwierigkeit dogmatischer Einordnung des Eigenkapitalersatzrechts	205
a) Die unterschiedlichen Standpunkte in Rechtsprechung und Literatur	205
b) Die Verwandtschaft des Eigenkapitalersatzrechts mit dem Haftungsdurchgriff als Mittel zur Erreichung einer angemessenen Eigenkapitalisierung	206
3. Die innere Rechtfertigung des Eigenkapitalersatzrechts	207
4. Die Grundzüge des Eigenkapitalersatzrechts der GmbH	207
a) Das Verhältnis der gesetzlichen Regelung zu den richterrechtlichen Grundsätzen des Eigenkapitalersatzrechts	207
b) Der Kreis der eigenkapitalersetzenden Geschäfte	209
c) Entsperrung durch nachträgliche Behebung des Kapitalmangels?	210
5. Die Grundzüge des Eigenkapitalersatzrechts der Aktiengesellschaft	211
6. Die Grenzen des Eigenkapitalersatzrechts	212
a) Begrenzung durch den gesetzlich konkret geforderten Kapitalbedarf	212
b) Die kapitalanteilige Begrenzung der Eigenkapitalersatzhaftung	213
VI. Der Haftungsdurchgriff als Grenze der institutionellen Haftungsbeschränkung	213
1. Der Problembereich des Durchgriffsrechts	213
a) Durchgriffsfragen und Trennungsprinzip	213
b) Durchgriff und Haftungsdurchgriff	214
c) Die Durchgriffsrichtung	214
d) Andere Fälle persönlicher Gesellschafterhaftung	215
2. Die Funktion des Haftungsdurchgriffs	215
3. Die dogmatische Diskussion über den Haftungsdurchgriff	216
a) Die pragmatische Grundlinie der Rechtsprechung	216
b) Die gegensätzlichen Lehren	216
c) Der Brückenschlag von den Theorien der juristischen Person zur Durchgriffslehre	218
4. Die Fallgruppen der Durchgriffshaftung	219
a) Der Durchgriff bei Vermögensvermischung als Schutz vor Umgehung des Kapitalaufbringungs- und Kapitalerhaltungsrechts	219
b) Der Haftungsdurchgriff aufgrund materieller Unterkapitalisierung zur Sicherung der angemessenen Eigenkapitalausstattung	220
c) Die konzernrechtlich eingekleidete Durchgriffshaftung bei Fremdsteuerung und Beherrschung	221

d) Der Institutsmißbrauch als eigenständige weitere Fallgruppe? . . .	226
5. Die Rechtsfolgen des Haftungsdurchgriffs	227
a) Direkte »Außenhaftung« analog § 128 S. 1 HGB oder »Innenhaftung« analog §§ 31 Abs. 1 GmbHG, 62 Abs. 1 AktG? . . .	227
b) Beschränkte oder unbeschränkte Gesellschafterhaftung?	227
6. Würdigung des Durchgriffsrechts	228
VII. Zusammenfassung	229
§ 8 <i>Der Grundsatz der Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im allgemeinen Vertrags- und Haftungsrecht</i>	231
I. Die Aufgabenstellung	231
II. Das Prinzip der Zulässigkeit geschäftsadäquater vertraglicher Haftungshöchstgrenzen	231
1. Die privatautonome Beschränkbarkeit der Haftung als Ausgangspunkt	231
2. Die Wahrung der geschäftsadäquaten Mindesthaftung als Voraussetzung wirksamer Haftungsbegrenzung	232
3. Die gesetzgeberischen und privatautonomen Gestaltungsspielräume bei der Bestimmung der geschäftsadäquaten Mindesthaftung und Höchsthaftung	233
a) Der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	233
b) Der privatautonome Gestaltungsspielraum der Vertragsparteien . .	234
4. Die wichtigsten allgemeinen Grundparameter bei der Bestimmung der Geschäftsadäquanz	234
5. Die Orientierungsgrößen bei der Bestimmung der Höhe der geschäftsadäquaten Haftungsbeträge	236
a) Die gesetzlichen Haftungshöchstsummen	236
b) Die besonderen Zulässigkeitsregeln für vertragliche Haftungsbeschränkungen	236
c) Die üblichen oder obligatorischen Versicherungssummen	237
6. Die sachliche und persönliche Reichweite des Grundsatzes geschäftsadäquater Beschränkbarkeit	238
a) Der Kreis der erfaßten Geschäfte	238
b) Die grundsätzliche Unabhängigkeit der Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbegrenzungen vom Haftungsgrund . .	238
c) Die eingeschränkte Prägekraft des Geschäftstyps und des Geschäftsvolumens im Bereich des Erhaltungsinteresses	239
d) Die Zulässigkeit angemessener vertraglicher Haftungsbegrenzung durch natürliche und juristische Personen	241

III. Die Verwirklichung des Grundprinzips zulässiger geschäftsadäquater Haftungsbeschränkung im allgemeinen Haftungs- und Vertragsrecht . . .	241
1. Die geschäftsadäquate Haftungsbegrenzung in Individualvertrag und allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Möglichkeit einer Tarifwahl	242
a) Die grundsätzlichen Unterschiede bei der Beurteilung der Geschäftsadäquanz im ausgehandelten Individualvertrag und in AGB	242
b) Die Bedeutung einer angebotenen oder möglichen Tarifwahl	243
2. Die Zulässigkeit vertragsadäquater Begrenzungen der Haftung für die Verletzung von Kardinalpflichten	244
3. Die Bedeutung des Grades der Pflichtwidrigkeit für die geschäftsadäquate Begrenzbarkeit	245
a) Die Haftung für einfache Fahrlässigkeit	245
b) Die Haftung für grobe Fahrlässigkeit	245
c) Die Vorsatzhaftung	249
4. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Begrenzung der Körperschadenhaftung	250
a) Die Problemstellung	250
b) Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen für Körperschäden im ausgehandelten Individualvertrag	251
c) Die Zulässigkeit formularmäßiger Begrenzung der Personenschadenhaftung im Rahmen von §9 AGBG a.F. unter Berücksichtigung der EU-Verbraucherklauselrichtlinie	251
d) Die Einführung eines generellen Verbots formularmäßiger Begrenzung der Körperschadenhaftung im Rahmen der Schuldrechtsreform	254
5. Die Bedeutung der Art, der Vorhersehbarkeit und der Vertragstypizität des Schadens für die Zulässigkeit vertragsadäquater Haftungsbeschränkung	255
a) Die Schadensart	255
b) Der vorhersehbare oder vertragstypische Schaden	256
6. Der Zusammenhang zwischen der Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen und bestehender oder möglicher freiwilliger Versicherung	257
a) Die unterschiedlichen Grundpositionen in Rechtsprechung und Literatur zur Verteilung von Haftungsrisiken im Vertrag nach Maßgabe der Versicherbarkeit	257
b) Die Bedeutung bestehenden Haftpflicht- oder Schadensversicherungsschutzes für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	258
c) Die Bedeutung möglichen Haftpflichtversicherungsschutzes für die Geschäftsadäquanz vertraglicher Haftungsbeschränkungen	260
d) Die Bedeutung bestehenden, üblichen oder möglichen Kaskoversicherungsschutzes	262

e) Die rechtliche Unhaltbarkeit der juristisch-ökonomischen These von der zwingenden Haftung des »cheapest insurer« und die Bedeutung von Versicherungskosten	264
7. Die geschäftsadäquate Begrenzung der Haftung für das Verhalten Dritter und die Haftungsbegrenzung zugunsten Dritter	265
a) Die Beschränkung der Haftung für das Verhalten Dritter	265
b) Die Haftungsbeschränkung zugunsten Dritter	268
IV. Besonderheiten geschäftsadäquater vertraglicher Haftungsbeschränkung	269
1. Die Inanspruchnahme besonderen persönlichen Vertrauens	270
a) Vertragstypisches Vertrauensverhältnis	270
b) Besondere Vertrauensinanspruchnahme im allgemeinen Verkehrsgeschäft	270
2. Die Obhut über Personen und fremde Sachen	271
a) Obhut über Personen	271
b) Obhut über fremde Sachen	271
3. Die gesetzliche Pflicht zur Vorhaltung einer Haftpflichtversicherung	272
4. Der Verbraucherschutz	272
V. Die Grenzen zulässiger geschäftsadäquater Haftungsbegrenzung	273
1. Die Unzulässigkeit der Begrenzung der Haftung für sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, bei Arglist und eigener vorsätzlicher Straftat	274
2. Die kraft Gesetzes zwingende Haftung und ihre verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Grenzen	274
a) Zwingende Haftungshöchstgrenzen und Mindesthaftbeträge	274
b) Die Anordnung zwingend unbegrenzbarer Haftung	277
VI. Thesen zur Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen	277

4. Teil

Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen bei ausgewählten Geschäften des Zivil- und Handelsrechts

§ 9 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Kaufrecht	282
I. Die Aufgabenstellung	282
II. Das gesetzliche System der Verkäuferhaftung	283
1. Die Rechtslage nach altem Schuldrecht	283
a) Die grundsätzliche Geltung des allgemeinen Leistungsstörungenrechts	283
b) Die Haftung für Sachmängel und Konkurrenzfragen	283

c)	Die Gründe für die Annahme weitgehender Konkurrenz von positiver Forderungsverletzung, culpa in contrahendo und Delikt	287
2.	Die Rechtslage nach neuem Schuldrecht	288
a)	Das Verhältnis von Kaufgewährleistungsrecht, allgemeinem Leistungsstörungenrecht und Deliktshaftung	288
b)	Die künftig fortbestehende Möglichkeit und Bedeutung von Eigenschaftszusicherungen und Garantien	290
c)	Das Fehlen einer speziellen Haftungsregel für vorsätzliches Verschweigen von Mängeln und die Lösung des neuen allgemeinen Leistungsstörungenrechts	291
d)	Die Neuregelung des Verbrauchsgüterkaufs	291
III.	Die Zulässigkeit von Haftungshöchstbeträgen im ausgehandelten Individualvertrag	292
1.	Rechtsvergleichende Standortbestimmung im Überblick	292
2.	Die Wirksamkeit und Grenzen von Haftungsbeschränkungen nach altem Schuldrecht	292
a)	Die Geltung der allgemeinen Grundregeln über die geschäftsadäquate Haftungsbegrenzung als Ausgangspunkt	292
b)	Die eingeschränkte Begrenzbarkeit der verschuldensunabhängigen Gewährleistungsrechte auf Wandelung und Minderung	293
c)	Die Begrenzbarkeit der Zusicherungshaftung des Verkäufers	293
d)	Die Begrenzbarkeit der vertraglich vereinbarten Nachbesserungshaftung	295
e)	Die Arglistgrenze der §§ 443, 476 BGB a.F.	295
3.	Die Zulässigkeit von Haftungsbegrenzungen nach neuem Schuldrecht	296
a)	Die Beschränkbarkeit der Verkäuferhaftung im neuen allgemeinen Kaufrecht	296
b)	Die Besonderheiten des neuen Verbrauchsgüterkaufs	299
IV.	Die Zulässigkeit von Haftungshöchstbeträgen in AGB	300
1.	Rechtsvergleichende Standortbestimmung im Überblick	300
2.	Das alte Schuldrecht	300
a)	Die eingeschränkte Begrenzbarkeit der Rückgewährhaftung bei Wandelung	300
b)	Die Zulässigkeit formularmäßiger Haftungshöchstgrenzen bei der Zusicherungshaftung des Verkäufers	300
c)	Die vertragsadäquate Begrenzbarkeit vertraglich eingeräumter Nachbesserungsrechte	302
d)	Die konkurrierende verschuldensabhängige Schadensersatzhaftung des Verkäufers	303
3.	Die Zulässigkeit formularmäßiger Haftungsbegrenzungen nach neuem Schuldrecht	303

a) Der Rücktritt wegen Kaufmängeln	303
b) Die neue gesetzliche Nacherfüllungshaftung	304
c) Die Zusicherungshaftung	304
V. Das Wiener UN-Kaufrecht	304
1. Das System der Verkäuferhaftung	305
a) Die Rechtsbehelfe des Käufers nach UN-Kaufrecht	305
b) Konkurrierende Verkäuferhaftung aus positiver Forderungsverletzung, culpa in contrahendo oder Delikt?	305
2. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	306
VI. Zusammenfassung	307
§ 10 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Dienstvertragsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Arzthaftung	309
I. Die Aufgabenstellung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	309
1. Die Aufgabenstellung	309
2. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf den selbständigen Dienstvertrag	309
3. Der Gang der Darstellung	310
II. Das gesetzliche Haftungsmodell bei Leistungsstörungen im Dienstvertrag	311
1. Das alte Schuldrecht	311
2. Die Auswirkungen der Schuldrechtsreform	311
3. Der Entwurf einer EU-Richtlinie über die Haftung bei Dienstleistungen	312
a) Die Bedeutung und der seinerzeit vorgesehene Anwendungsbereich der Richtlinie	312
b) Das im Richtlinienentwurf vorgesehene Modell der Haftung für vermutetes Verschulden	313
c) Die untypische Beschränkung der Ersatzpflicht auf unmittelbare Schäden	313
4. Die Europäischen Vertragsrechtsprinzipien und die UNIDROIT Prinzipien für internationale Handelsverträge	313
III. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Beschränkung der allgemeinen Dienstleistungshaftung	314
1. Die Geltung der Grundregeln als Ausgangspunkt	314
2. Die vertragsspezifischen zwingenden Schutzpflichten des Dienstberechtigten nach § 619 BGB	315
a) Die praktische Bedeutung und mögliche Reichweite des § 619 BGB	315

b) Die Verfassungswidrigkeit unbegrenzbarer Schutzpflichthaftung und die Möglichkeiten verfassungskonformer einschränkender Auslegung von § 619 BGB	316
3. Die Schuldrechtsreform und weitergehende Reformvorschläge mit unsicherer Realisierungschance	317
4. Der EU-Richtlinienentwurf zur Dienstleistungshaftung	318
5. Die Europäischen Vertragsrechtsprinzipien und die UNIDROIT Prinzipien	319
IV. Die Besonderheiten der Zulässigkeit der Beschränkung der Arzt- und Krankenhaushaftung	319
1. Die vertragliche und deliktische Haftung für Behandlungs- und Aufklärungsfehler	319
2. Die Zulässigkeit der institutionellen Beschränkung der Arzt- und Krankenhaushaftung	320
a) Der großzügige Grundansatz der h.M. zur Rechtsformfreiheit und der gegenwärtige Stand berufsrechtlicher Einschränkungen der institutionellen Haftungsbeschränkung	320
b) Die verfassungsrechtlichen Bedenken aus Artt. 12 Abs. 1, 19 Abs. 3 GG gegen ein Rechtsformverbot bei ambulanter heilkundlicher Betätigung	322
c) Die Unvereinbarkeit eines Rechtsformtotalverbots bei ambulanter Heilbehandlung mit Art. 3 Abs. 1 GG	324
3. Die Zulässigkeit vertraglicher vertragsadäquater Begrenzung der Arzt- und Krankenhaushaftung	326
a) Überblick über den gegenwärtigen Meinungsstand	326
b) Die Zulässigkeit von Begrenzungen der Arzthaftung im individuell ausgehandelten Behandlungsvertrag bei vertragsadäquater Mindesthaftung mit Versicherungspflicht	327
c) Die Zulässigkeit vertragsadäquater Haftungsbeschränkungen in AGB	330
d) Die Höhe der vertragsadäquaten Haftungsbeträge	331
V. Zusammenfassung	331
 § 11 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Werkrecht	 333
I. Die Unterscheidung zwischen Werk- und Werklieferungsvertrag und die Aufgabenstellung	333
II. Die gesetzliche Haftungsordnung im Werkrecht	334
1. Die Werkunternehmerhaftung nach altem Schuldrecht	334
a) Die Geltung des allgemeinen Leistungsstörungsrechts und seine werkvertragstypischen Modifikationen	334
b) Die Werkmängelhaftung nach den §§ 633ff. BGB a.F. und Konkurrenzfragen	335

2. Die Werkunternehmerhaftung nach neuem Schuldrecht	337
3. Europäische Richtlinienggebung und europäische und internationale Vertragsrechtsprinzipien	338
a) Das Fehlen werkvertragsspezifischer Richtlinienvorhaben und die Bedeutung des Kommissionsentwurfs zur Dienstleistungshaftung	338
b) Die Europäischen Vertragsrechtsprinzipien und die UNIDROIT Prinzipien über internationale Handelsverträge	339
III. Die Zulässigkeit von Beschränkungen der Werkunternehmerhaftung im ausgehandelten Individualvertrag und ihre vertragspezifischen Grenzen	339
1. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen nach altem Schuldrecht	339
a) Die Geltung des allgemeinen Grundsatzes der geschäftsadäquaten Begrenzbarkeit als Ausgangspunkt	339
b) Die Begrenzbarkeit der Nacherfüllungshaftung in Gestalt von Mängelbeseitigung und Neuherstellung	340
c) Die eingeschränkte Begrenzbarkeit der Werkmängelgewährleistung in Gestalt von Wandelung und Minderung	341
d) Die freie Begrenzbarkeit der Werkunternehmerhaftung aus Eigenschaftszusicherung, unselbständiger Garantie und selbständiger Garantie	341
e) Die Arglistgrenze des §637 BGB a.F.	341
2. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen nach neuem Schuldrecht	341
IV. Die Zulässigkeit von Begrenzungen der Werkunternehmerhaftung in AGB	342
1. Das alte Schuldrecht	342
a) Das Verbot der formularmäßigen Begrenzung der Nacherfüllungsaufwendungen	342
b) Die Zulässigkeit formularmäßiger Haftungshöchstgrenzen der werkrechtlichen Zusicherungs- und Garantiehaftung	343
2. Die formularmäßige Begrenzbarkeit der Werkunternehmerhaftung nach der Schuldrechtsreform	346
a) Die Fortschreibung der gewährleistungsbezogenen Klauselverbote	346
b) Die Unzulässigkeit von Beschränkungen der Zusicherungs- und Garantiehaftung	346
V. Zusammenfassung	346

§ 12 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Geschäftsbesorgungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Rechts- und Wirtschaftsberaterhaftung und der Bankenhaftung	348
I. Die Bedeutung des Geschäftsbesorgungsrechts und die Aufgabenstellung	348
1. Die Bedeutung des Geschäftsbesorgungsrechts	348
2. Die Aufgabenstellung	349
II. Die grundsätzliche Zulässigkeit geschäftsangemessener Beschränkung der Haftung für mangelhafte Geschäftsbesorgung	349
III. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Beschränkung der Rechts- und Wirtschaftsberaterhaftung	350
1. Die Haftungsgrundregeln	351
2. Die besonderen berufsrechtlichen Zulässigkeitsregeln für summenmäßige Haftungsbeschränkungen	351
a) Überblick über die gesetzlichen Regelungen	351
b) Die Einschränkung des Anwendungsbereichs der Sonderregeln auf Schadensersatzansprüche aus dem Vertragsverhältnis im Bereich des Erfüllungsinteresses	352
c) Das Verhältnis der besonderen Zulässigkeitsregeln für betragsmäßige Haftungsbeschränkungen zu den allgemeinen Regeln und Grundsätzen	353
d) Die erhöhten vertragsfesten Mindesthaftsummen bei Beratung durch Rechtsanwalts- und Patentanwaltsgesellschaften	358
3. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen bei rechts- und wirtschaftsberatenden Sozietäten	359
a) Die Mindestsummen persönlicher Gesellschafterhaftung	359
b) Die Haftungskonzentration auf einzelne beratende Partner	360
c) Die Zulässigkeit der Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen bei vertragsadäquater Mindesthaftung	363
4. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen bei rechts- und wirtschaftsberatenden Partnerschaftsgesellschaften	364
a) Die Zulässigkeit von Höchstsummenvereinbarungen	364
b) Das Verhältnis zwischen gesetzlicher und vertraglicher Haftungskonzentration auf einzelne Partner	365
5. Zwischenergebnis zur Rechts- und Wirtschaftsberaterhaftung	366
IV. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Beschränkung der Bankenhaftung	366
1. Die Geltung allgemeiner Grundregeln über die Haftung und ihre Beschränkbarkeit	366
a) Die Haftungsgrundlagen	366
b) Die grundsätzliche Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen	367

2. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen im Überweisungsrecht	368
a) Das Verhältnis der allgemeinen Haftungsgrundlagen zur gesetzlichen begrenzten Garantiehaftung nach § 676 b Abs. 2 BGB	368
b) Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen bei Auslandsüberweisungen und bei Verzögerung oder Nichtausführung nach § 676 c Abs. 1 S. 4 und 5, Abs. 3 BGB	372
3. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen im Girovertragsrecht	376
V. Zusammenfassung	377
§ 13 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Gütertransport- und Lagerhaltungsrecht	378
I. Die Aufgabenstellung und der Gang der Darstellung	378
1. Die Aufgabenstellung	378
2. Der Gang der Darstellung	378
II. Das gesetzliche Haftungssystem des autonomen deutschen Transportrechts und die Besonderheiten des Transportkollisionsrechts .	379
1. Das gesetzliche Haftungssystem	379
a) Die Grundregeln der Haftung des Transporteurs	379
b) Die Haftung des Absenders, Versenders bzw. Befrachters	381
2. Die Besonderheiten des Transportkollisionsrechts	381
III. Die gesetzlichen Haftungshöchstbeträge bei Inlandstransporten	382
1. Die unterschiedlichen Haftungsgrenzen und die Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG	382
a) Die gesetzlichen Grenzen der Transporteurhaftung	382
b) Die gewichtsbezogen begrenzte Absenderhaftung	383
c) Die laderaumbezogenen Haftungsgrenzen beim Umzugstransport	384
2. Die Ausnahme unbeschränkter Haftung bei qualifizierter Pflichtwidrigkeit	385
IV. Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen bei Inlandstransporten	385
1. Die grundsätzliche AGB-Festigkeit des Haftungsrechts und die dagegen bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken	386
a) Der Inhalt der gesetzlichen Regelung	386
b) Die verfassungsrechtliche Fragwürdigkeit der weitgehenden Einschränkung der formularvertraglichen Privatautonomie	386
2. Der Vereinbarungskorridor für zulässige Höchstbetragsmodifikation	387
a) Überblick über die gesetzliche Regelung	387
b) Die Lockerung des AGB-Verbots	388

c) Die inhaltlichen Grenzen für Höchstbetragsvereinbarungen	388
3. Die Zulässigkeit von dem Verwender ungünstigen Abweichungen vom gesetzlichen Haftungsbetrag	389
4. Der Verbraucherschutz durch einseitig zwingendes Haftungsrecht . . .	389
a) Die zwingend unbegrenzbare Haftung bei qualifizierter Pflichtwidrigkeit in der verfassungskonformen Auslegung	390
b) Die gewichts- bzw. volumenbezogene Begrenzung der Absenderhaftung und die dagegen bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken	390
5. Die vertragliche Modifikation der Haftung im Seefrachtrecht	391
V. Die Besonderheiten des internationalen Gütertransportkonventionsrechts	391
1. Die wichtigsten transportrechtsrelevanten Konventionen und die Grundzüge ihrer Haftungsregeln	391
2. Die konventionsrechtlichen Haftungshöchstgrenzen	393
3. Die eingeschränkte Disponibilität der konventionsrechtlichen Transporthaftung	394
a) Der zwingende Charakter der Haftungsgrundregeln und Haftungsbeträge	394
b) Die zwingend unbeschränkte Haftung bei qualifizierter Pflichtwidrigkeit und das Verfassungsgebot der Begrenzbarkeit der Haftung für grobe Fahrlässigkeit	395
c) Die möglicherweise unbegrenzbare Absenderhaftung nach CMR und CIM und die Möglichkeiten verfassungskonformer Korrektur	397
4. Die Zulässigkeit nachträglicher Gesamthaftungsbeschränkung bei Seefracht und Binnenschiffsfracht	398
VI. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen bei Lagerhaltung	398
1. Das gesetzliche Haftungssystem mit einseitig zugunsten des Einlagerers begrenzter Haftung	399
a) Die gesetzlich unbegrenzte Haftung des Lagerhalters	399
b) Die gewichtsbezogen begrenzte Haftung des Einlagerers	399
2. Die privatautonome Beschränkbarkeit der Haftung im Lagergeschäft	400
a) Die Konkretisierung allgemeiner Grundsätze in Anlehnung an das Transportrecht	400
b) Die Verfassungswidrigkeit der unbegrenzten Haftung des Lagerhalters gegenüber Verbrauchern	400
VII. Zusammenfassung	401
 § 14 Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Personenbeförderungs-, Beherbergungs- und Reiserecht	 403
I. Die Aufgabenstellung und der Gang der Darstellung	403

1. Die Aufgabenstellung	403
2. Der Gang der Darstellung	403
II. Die gesetzlichen Haftungshöchstgrenzen und die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbegrenzungen im Personenbeförderungsrecht	404
1. Beförderung im Straßenverkehr	404
a) Personenschäden	404
b) Gepäckschäden	405
2. Eisenbahnbeförderung	406
a) Personenschäden	406
b) Schäden an Gepäck und mitgeführten Gegenständen	408
3. Seefahrt	409
a) Personenschäden	409
b) Gepäckschäden	410
4. Binnenschifffahrt	411
a) Personenschäden	411
b) Gepäckschäden	412
5. Luftfahrt	412
a) Personenschäden	412
b) Gepäckschäden	413
6. Die gesetzlichen und konventionsrechtlichen Haftungsbeträge für Personenschäden und den Verlust oder die Beschädigung von Gepäck im Überblick	414
a) Die Höchstbeträge der Personenschadenhaftung	414
b) Die Höchstbeträge der Gepäckschadenhaftung	415
III. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Beherbergungsrecht	415
1. Die Grundlagen der Beherbergungshaftung	415
2. Die Geltung allgemeiner Grundsätze hinsichtlich der Beschränkung der Haftung für Personenschäden und nicht eingebrachte Sachen	416
3. Die Besonderheiten zulässiger Begrenzung der Haftung für Schäden an eingebrachten Sachen	416
a) Die gesetzlichen Höchstgrenzen und ihr Anwendungsbereich	417
b) Die Beschränkbarkeit der Gastwirthaftung bei Schriftlichkeit und vertragsfester Mindesthaftung	417
c) Das Verbot eines vorherigen Haftungserlasses in verfassungskonformer Auslegung	418
IV. Die Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkungen im Reiserecht	419
1. Die Haftungsgrundlagen und Rechtsbehelfe des Reisenden	419
2. Die eingeschränkte Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen nach den §§ 651 h, 651 m BGB und die teilweise Unvereinbarkeit mit der Privatautonomie	420

a) Das gesetzliche einseitig zwingende Regelungsmodell mit seinen Ausnahmetatbeständen	420
b) Die verfassungsrechtlichen Einwände gegen eine unbegrenzte und unbegrenzbare Haftung für Personenschäden und die Vorgaben der Pauschalreiserichtlinie	421
c) Die Zulässigkeit der Begrenzung der Haftung für Gepäckschäden und sonstige Schäden	423
V. Zusammenfassung	425

5. Teil
Schluß

§ 15 Gesamtergebnis	428
Literaturverzeichnis	434
Verzeichnis englischer und US-amerikanischer Entscheidungen	457
Sachregister	465

Abkürzungsverzeichnis

A.2d	Atlantic Reporter, Second Series
a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABA	American Bar Association
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
abgedr.	abgedruckt
abl.	ablehnend
ABl. EG	Amtblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs.	Absatz
A.C.	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
A.D.	Appeals Division
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
a.F.	alte Fassung
aff'd	affirmed
AG	Aktiengesellschaft(en) (zugleich Zeitschriftentitel)
AGB	allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Ala.	Alabama, Alabama Reports
AktG	Aktiengesetz
All E.R.	All England Reports
Allg.	Allgemeine
Alt.	Alternative
Am.	America, American
Am. Bus. L.J.	American Business Law Journal
a.M.	am Main
AMG	Arzneimittelgesetz
AnfG	Gesetz über die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Insolvenzverfahrens (Anfechtungsgesetz)
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann.	Annotated
Ann. Civ. Stat.	Annotated Civil Statutes
AnwBl.	Anwaltsblatt
App.	Appellate (Court)
App. Div.	Appellate Division
Ariz.	Arizona, Arizona Reports
Ark.	Arkansas, Arkansas Reports
Art., art.	Artikel, article
Artt.	Artikel
Ass'n(s)	Association(s)
Atty.	Attorney

Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BankGesch	Bankgeschäfte
BankvertragsR	Bankvertragsrecht
BAnz	Bundesanzeiger
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht
BauspG	Gesetz über Bausparkassen (Bausparkassengesetz)
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Beil.	Beil.
Bell J. Econ.	Bell Journal of Economics
BewachungsVO	Verordnung über das Bewachungsgewerbe (Bewachungsverordnung)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BinSchG	Binnenschiffahrtsgesetz
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BNotO	Bundesnotarordnung
BP	British Petrol
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BSG	Bundessozialgericht
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Bull.	Bulltin
Bull. civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles de la Cour de cassation
Bus.	Business
Bus. Law.	Business Lawyer
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cal.	California, California Reports (Supreme Court)
Cal. App.	California Appellate Reports
Cal. Rptr.	California Reporter
Cal. Rptr.2d	California Reporter, Second Series
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
Cass.	Corte di Cassazione, Décision de la Cour de cassation
Cath. U.L. Rev.	Catholic University Law Review
C.c.	Code civil
CERCLA	Comprehensive Environmental Response, Compensation and Liability Act
cert.	certiorari
ch.	chambre, chancery, chapter
Chem.	Chemicals
Chi. Kent L. Rev.	Chicago-Kent Law Review
c. i. c.	culpa in contrahendo
CIM	Convention internationale concernant le transport des marchandises par chemins de fer (Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Gütern)
Cir.	Circuit
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of

	Goods (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf)
CIV	Règles uniformes concernant le contrat de transport international ferroviaire des voyageurs et des bagages (Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Personen und Gepäck)
Civ.	Civil, Arrêt d'une chambre civile de la Cour de cassation
Civ. Pract. & Rem.	Civil Practice and Remedies Code Annotated (Texas)
Code Ann.	
CLNI	Straßburger Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt
CMNI	Budapester Übereinkommen über den Vertrag über die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt
CMR	Convention relative au contrat de transport international des marchandises par route (Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr)
Co.	Company
CO ₂	Kohlendioxyd
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Com.	Commercial, commerciale
Comm'n	Commission
Comp. L. Ann.	Compiled Laws Annotated
Condo.	Condominium
Conn.	Connecticut, Connecticut Reports
Conn. App.	Connecticut Appellate Reports
Cons. Const.	Décision du Conseil constitutionnel
Const.	Constitution
Constr.	Construction
Construction Law.	Construction Lawyer
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
Corp(s).	Corporation(s)
COTIV	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr)
C.R.S.	Colorado Revised Statutes
C.R.S.A.	Colorado Revised Statutes Annotated
Ct. App.	Court of Appeals (State)
Cts. & Jud. Proc. Code	Courts and Judicial Proceedings Code
D.	District
DB	Der Betrieb
D.C.	District of Columbia
D.C. Cir.	District of Columbia, Circuit of Appeals, United States
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diskussionsentwurf eines Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes
Def. Couns. J.	Defense Counsel Journal
Del.	Delaware, Delaware Reports
Del. J. Corp. L.	Delaware Journal of Corporate Law
Del. Super.	Delaware Superior Court
Dept.	Department
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselben
Dist.	District

Distrib.	Distribution
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DR	Decisions & Resolutions
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte
€	Euro
ebd.	ebenda
E.D.	Eastern District
ed.	edición, edition, editor, edizione
éd.	édition
eds.	editors
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGV	EG-Vertrag
Einf	Einführung
Einl.	Einleitung
EIRL	Establemento mercantil individual de responsabilidade limitada (Portugal)
Elec.	Electricity
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
endg.	endgültig
Eng'rs	Engineers
Enters.	Enterprises
Equip.	Equipment
ERISA	Employee Retirement Income Security Act
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EUGR-Charta	Europäische Grundrechtecharta
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVO	Eisenbahnverkehrsordnung
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Europäisches Vertragsrechtsübereinkommen)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
Exch.	Exchequer
f.	folgende(r)
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fed. Cas.	Federal Cases, United States
ff.	fortfolgende
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit

Fla.	Florida, Florida Reports
Fla. App.	Florida Appeals Reports
Fla. L. Rev.	Florida Law Review
Fla. St. U.L. Rev.	Florida State University Law Review
Fn.	Fußnote
F.R.C.P.	Federal Rule(s) of Civil Procedure
F.R.D.	Federal Rules Decisions
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
F.Supp. 2d	Federal Supplement, Second Series
GBI.	Gesetzblatt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz)
Gen. Laws	General Laws
Gen. Stat.	General Statutes
Geo. Wash. L. Rev.	George Washington Law Review
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft(en) mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GS	Gedächtnisschrift
griech.	griechisch
GrünhutsZ	Zeitschrift für das gesamte Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart (Grünhuts Zeitschrift)
HaftPflG	Haftpflichtgesetz
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
HBG	Hypothekendarlehenbankgesetz
HBÜ	Londoner Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (Haftungsbeschränkungsübereinkommen)
Hdb.	Handbuch
HeimG	Heimgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
Hous. Law.	Houston Lawyer
HPflG	Haftpflichtgesetz
H.R.S.	Hawaii Revised Statutes
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
ibid.	ibidem
IHR	Internationales Handelsrecht
I.L.C.S.	Illinois Compiled Statutes
Ill.	Illinois Reports
Ill. App.	Illinois Appellate Court Reports
ILO	International Labour Organisation
Inc.	Incorporated
Ind.	Indiana Reports
Ind. App.	Indiana Court of Appeals Reports

Indus.	Industries
Ins.	Insurance
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
Int'l	International
Int'l Rev. L. Econ.	International Review of Law and Economics
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IRS	Internal Revenue Service
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
J.	Journal, Judge, Justice
J. Corp. Law	Journal of Corporation Law (Iowa)
JCP	Juris-classeur périodique (Semaine juridique)
J. of LLCs	Journal of Limited Liability Companies
J. Pol. Econ.	Journal of Political Economy
JR	Juristische Rundschau
JurA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KAAG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (Kapitalanlagegesellschaftengesetz)
Kan.	Kansas
Kan. App.	Kansas Court of Appeals Reports
KB	King's Bench
KF	Konsolidierte Fassung des Diskussionsentwurfs eines Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes
Kfz	Kraftfahrzeug
KfzPflVV	Verordnung über den Versicherungsschutz in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (Kraftfahrzeugs-Pflichtversicherungsverordnung)
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
krit.	kritisch
K.R.S.	Kentucky Revised Statutes
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
Ky.	Kentucky, Kentucky Reports
L.	Laws, Lois
La.	Louisiana, Louisiana Reports
La. App.	Louisiana Courts of Appeal Reports
Law & Poly. Int'l Bus.	Law and Policy in International Business
L.Ed.	United States Supreme Court Reports, Lawyer's Edition
L.Ed.2d	United States Supreme Court Reports, Lawyer's Edition, Second Series
LM	Lindenmaier-Möhring
lit.	littera
LLC	Limited Liability Companie(s)
LLLP	Limited Liability Limited Partnership

Lloyd's Rep.	Lloyd's Reports
LLP	Limited Liability Partnership
L.P.	Limited Partnership
L. Rev.	Law Review
l. Sp.	linke Spalte
Ltd.	Limited
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LZ	Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht
m.	mit
MA	Montrealer Abkommen
Mach.	Machine
Mass.	Massachusetts, Massachusetts Reports
MBCA	Model Business Corporation Act
mbH	mit beschränkter Haftung
MBO-Ä	Musterberufsordnung für Ärzte
M.C.L.A.	Michigan Compiled Laws Annotated
M.D.	Middle District
Md.	Maryland, Maryland Reports
Md. L. Rev.	Maryland Law Review
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Me.	Maine Reports
m.E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht
Metro.	Metropolitan
Mich.	Michigan, Michigan Reports
Mich. App.	Michigan Appeals Reports
Minn.	Minnesota, Minnesota Reports
Mio.	Million(en)
Miss.	Mississippi, Mississippi Reports
m. N.	mit Nachweis(en)
Mo.	Missouri Reports
Mo. App.	Missouri Appeal Reports
MRSA	Maine Revised Statutes Annotated
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.	nota, note
Nat'l	National
N.C.	North Carolina, North Carolina Reports
N.D.	North Dakota, North Dakota Reports, Northern District
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
N.E.	North Eastern Reporter
N.E.2d	North Eastern Reporter, Second Series
Neb.	Nebraska, Nebraska Reports
Nev.	Nevada Reports
New Engl. L. Rev.	New England Law Review
n. F.	neue Fassung
N.H.	New Hampshire, New Hampshire Reports
N. Ill. L. Rev.	Northern Illinois Law Review
N.J.	New Jersey, New Jersey Reports
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht

No.	number, número, numero, número
n°	numéro
nov.	novembre
Nr(n).	Nummer(n)
N.W.	North Western Reporter
N.W.2d	North Western Reporter, Second Series
NWB	Burgerlijk Wetboek (Niederlande)
N.Y.	New York, New York Court of Appeals Reports
N.Y.S.	New York Supplement Reporter
N.Y.S.2d	New York Supplement Reporter, Second Series
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
Oct	October
OGH SZ	Oberster Gerichtshof Sammlung Zivilsachen (Österreich)
OHG	offene Handelsgesellschaft
Okl.	Oklahoma, Oklahoma Reports
OLG	Oberlandesgericht
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
Or.	Oregon Reports
Or. App.	Oregon Reports, Court of Appeals
P.	Pacific Reporter
p.	page, pagina
P.2d	Pacific Reporter, Second Series
Pa.	Pennsylvania
Pac.	Pacific
Pa. Con. Stat. (Ann.)	Pennsylvania Consolidated Statutes (Annotated)
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PatAO	Patentanwaltsordnung
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PECL	Principles of European Contract Law
PfIVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)
PICC	Principles of International Commercial Contracts (UNIDROIT)
Proc. Am. Soc. Int'l Law	Proceedings of the American Society of International Law
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz)
ProdHaftRiL	Produkthaftungsrichtlinie
P.R.R.	Puerto Rico Reports
P.S.	Pennsylvania Statutes
Q.B.	Queen's Bench
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
R.C.W.A.	Revised Code of Washington Annotated
RE	Regierungsentwurf eines Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes
Rep.	Reports
Rev.	Revised
Rev. Stat. Ann.	Revised Statutes Annotated
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsrätekommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

R.I.	Rhode Island, Rhode Island Reports
RiL	Richtlinie
RiLE	Richtlinienentwurf
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RM	Reichsmark
RMBCA	Revised Model Business Corporation Act
Rn.	Randnummer
RP	Römisches Privatrecht
Rs.	Rechtssache
r. Sp.	rechte Spalte
R.S.A.	Revised Statutes Annotated
RULPA	Revised Uniform Limited Partnership Act
RZ	Römisches Zivilprozeßrecht
S.	Satz, Seite
s.	siehe
S.A.	Société Anonyme
s.a.	siehe auch
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
scil.	scilicet
S.Ct.	United States Supreme Court Reporter
S.D.	South Dakota, South Dakota Reports, Southern District
SDR	Special Drawing Right
Sec.	Section
Serv.	Service
seq.	sequenta, sequentes
SGB	Sozialgesetzbuch
S.H.A.	Smith-Hurd Illinois Annotated Statutes
S.I.	Statutory Instruments
Slg.	Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
So.	Southern Reporter
So.2d	Southern Reporter, Second Series
Soc.	Arrêt de la chambre sociale de la Cour de cassation
Sonderbeil.	Sonderbeilage
St.	Saint, Statute(s)
Stat. (Ann.)	Statutes (Annotated)
StBerDVO	Durchführungsverordnung zum Steuerberatungsgesetz
StBerG	Steuerberatungsgesetz
Stetson L. Rev.	Stetson Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
StVG	Straßenverkehrsgesetz
Sup. Ct.	Supreme Court
Super.	Superior (Court)
Suppl.	Supplement
S.W.2d.	South Western Reporter, Second Series
Sys.	Systems
SZR	Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds
SZ RA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung
TBCA	Texas Business Corporation Act
Tel.	Telegraph, Telephone
Tenn.	Tennessee, Tennessee Reports
Tenn. App.	Tennessee Appeals

Tex.	Texas, Texas Reports
Tex. App.	Texas Appeals Reports
Tex. Civ. App.	Texas Civil Reports
tit.	titulus, title
TranspR	Transportrecht
Trib.	Tribunale
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
Tul. M.L.J.	Tulane Maritime Law Journal
u. a.	und andere, unter anderem
UBGG	Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (Unternehmensbeteiligungsgesellschaftengesetz)
UCC	Uniform Commercial Code
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
Überbl	Überblick
UFCA	Uniform Fraudulent Conveyances Act
U.K.	United Kingdom
ULLCA	Uniform Limited Liability Company Act
ULPA	Uniform Limited Partnership Act
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UN	United Nations
UNIDROIT	Institut International pour l'Unification du Droit Privé
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
U. Pitt. L. Rev.	University of Pittsburgh Law Review
US	United States
U.S.	United States Supreme Court Reports
USA	United States of America
U.S.C.	United States Code
U.S.C.A.	United States Code Annotated
u.U.	unter Umständen
v.	versus, von, vor
Va.	Virginia, Virginia Reports
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
V.A.M.S.	Vernon's Annotated Missouri Statutes
Var.	Variante
v. Chr.	vor Christus
Verh.	Verhandlungen
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume(s), Volumen
Vorauf.	Vorauslage
Vorbem.	Vorbemerkungen
vs.	versus
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)
WA	Warschauer Abkommen
Wake Forest L. Rev.	Wake Forest Law Review
Wash.	Washington
Wash. L. Rev.	Washington Law Review

W.D.	Western District
WEG	Wohnungseigentum, Wohnungseigentümergeinschaft
Wisc.	Wisconsin, Wisconsin Reports
Wisc. Stat. Ann.	Wisconsin Statutes Annotated
WL	Westlaw
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht, Wertpapier-Mitteilungen, Teil IV
WPO	Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung)
WuB	Wirtschafts- und Bankrecht
W.Va.	West Virginia, West Virginia Reports
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht
ZGB-DDR	Zivilgesetzbuch der ehemaligen DDR
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHG	Zahnheilkundengesetz
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStaatsW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
zust.	zustimmend
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz)
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

1. Teil

Thematische Einführung und rechtshistorische und
rechtsökonomische Grundlagen

§1 Das Thema

I. Einleitung und Fragestellung

Die Möglichkeit zur Haftungsbeschränkung ist für eine moderne Rechts- und Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung. Die Beschränkbarkeit der Haftung ermöglicht die Steuerung und Kalkulation von Geschäftsrisiken. Die vertragliche Disponibilität von Haftung bestimmt sich nach der Reichweite der Privatautonomie. Das Wechselspiel von Haftung und Haftungsbeschränkung, von Gewinnchance und Risiko ist geschichtlich tief verwurzelt, weil das Haftungsinteresse des Gläubigers und das Beschränkungsinteresse des potentiellen Schuldners letztlich so alt sind wie der Vertrag. Die Erkenntnisse der Rechtsgeschichte sind deshalb bei der Standortbestimmung für das Thema Haftungsbeschränkungen eine wichtige Orientierungshilfe. Guten Ertrag versprechen in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung und europäischer Integration auch die transatlantische und die europäische Rechtsvergleichung.

Die Grundlagen und Grenzen privatautonomer Haftungsbegrenzung sind sowohl im nationalen Recht als auch in ausländischen Rechten bislang nur rudimentär untersucht. Zwar war und ist die gesellschaftsrechtliche Problematik von Haftungsprivileg und Durchgriff im deutschen Recht ebenso Gegenstand gesteigerten wissenschaftlichen Interesses¹ wie beispielsweise in den USA². Eine systematisierende vergleichende Gegenüberstellung der gesellschaftsrechtlichen und vertragsrechtlichen Instrumentarien zur Haftungsbegrenzung sucht man jedoch – auch in den USA³ – vergebens. Ein solcher Vergleich von Vertrags- und Gesellschaftsrecht läßt unwillkürlich fragen, ob und inwieweit eine Differenzierung zwischen gesellschaftsrechtlicher und vertragsrechtlicher Haftungsbegrenzung überhaupt gerechtfertigt ist. Warum soll zum Beispiel die Haftung für die Erfüllung vertraglicher Pflichten nur eingeschränkt begrenzbar sein, wenn dieses Ergebnis durch Einschaltung einer Einpersonen-GmbH ohne weiteres erreichbar ist? Die Zulässigkeit vertraglicher Haftungshöchstbeträge erscheint vor diesem Hintergrund besonders naheliegend. Einer eingehenden Untersuchung und Klärung bedarf die

¹ Hierzu überblicksweise *Wiedemann*, Gesellschaftsrecht, Band I, Grundlagen, 1980, § 4 III, S. 217ff., *K. Schmidt*, Gesellschaftsrecht, 3. Aufl. 1997, § 9, S. 224ff.; *Kübler*, Gesellschaftsrecht, 5. Aufl. 1998, § 23, S. 311ff.; *Ehrlicke AcP* 199 (1999), 257; näher unten § 7.

² S. z.B. *Cox/Hazen/O'Neal*, Corporations, 1997, § 7.1–7.9, S. 107ff. Details unten § 4 IV.

³ Vgl. einstweilen nur *Farnsworth*, Contracts, 2nd ed. 1990, § 4.27–28, insbes. S. 335–339; § 4.29, S. 339.

Frage, welche Grundregeln und Kriterien für die Beurteilung von Haftungsbeschränkungen maßgeblich sind und inwieweit die maßgebenden Grundprinzipien im geltenden Recht verwirklicht sind.

II. Grundbegriffe

1. Der Begriff der Haftungsbeschränkung

a) Die Eingrenzung von Haftungstatbestand und Haftungsfolge

(1) *Die Haftungsbeschränkung im materiellen Recht.* Der Begriff der Haftungsbeschränkung knüpft an den Begriff Haftung und ist wie dieser mehrdeutig und erläuterungsbedürftig. Im Sinne des klassischen Haftungsrechts bezeichnet der Begriff Haftung die Pflicht zur Übernahme eines dem Rechtsgutträger zurechenbar verursachten Schadens⁴. Eine Haftungsbeschränkung ist deshalb zunächst einmal die Reduktion auf der Tatbestandsseite, wie etwa die Milderung des Sorgfaltsmaßstabs, zum anderen die Begrenzung auf der Rechtsfolgenseite in Form der Beschränkung des Haftungsumfangs, wie z.B. der Ausschluß der Verantwortlichkeit für bestimmte Schädigungsfolgen oder die summen- bzw. betragsmäßige Begrenzung der Ersatzleistungspflicht (vgl. §§ 276 Abs. 1 S. 1, Abs. 3, 309 Nr. 7 lit. a und b, 444 BGB bzw. § 276 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB a.F., § 11 Nr. 7, 11 AGBG a.F.). Davon zu unterscheiden ist die privatautonome Festlegung des vertraglichen Pflichtenprogramms, die der Frage nach Maßstab, Reichweite und Höhe der Haftung vorgelagert ist.

(2) *Die Haftungsbeschränkung durch kollisionsrechtliche Rechtswahl.* Hinzuweisen ist auf die mögliche haftungsbeschränkende Funktion einer kollisionsrechtlichen Rechtswahl. Beispielsweise kann die Haftung aus einem Kaufvertrag, der nach Art. 28 EGBGB deutschem Sachrecht und damit dem Grundsatz der Totalreparation unterliegt, durch die Wahl englischen oder französischen Rechts gemäß Art. 27 Abs. 1 EGBGB auf vorhersehbare Schäden beschränkt werden⁵. Die Rechtswahl kann auch eine Rechtsordnung berufen, die privatautonome Haftungsbeschränkung großzügiger gestattet als das sonst anwendbare Recht⁶.

b) Die institutionelle Haftungsbeschränkung durch Haftungstrennung kraft Rechtsform

Der Begriff der Haftung kann aber auch beschreiben, ob und in welchem Umfang ein Gläubigerzugriff auf bestimmte Vermögensgegenstände oder Vermögensge-

⁴ Z.B. *Deutsch*, Allgemeines Haftungsrecht, 2. Aufl. 1996, Rn. 1 m. N.

⁵ Zum Grundsatz der Totalreparation und zu den Unterschieden im materiellen Haftungsrecht vgl. noch sub III 1 und § 5 III 1 b (1) (England) und (2) (Frankreich).

⁶ Zum deutschen Kollisionsrecht der vertraglichen Haftungsbeschränkung in Europa vgl. § 5 IV 1.

samtheiten eröffnet ist. Hierher gehört die gesellschaftsrechtliche »institutionelle Haftungsbeschränkung« auf das Vermögen einer juristischen Person (§ 1 Abs. 1 S. 2 AktG, § 13 Abs. 2 GmbHG, § 2 GenG)⁷. Ob darin tatsächlich eine Haftungsbeschränkung zu erblicken ist, hängt wesentlich mit davon ab, wie man sich dem Phänomen der juristischen Person gedanklich nähert: Betrachtet man die juristische Person im Prinzip als volles rechtliches Analogon der natürlichen Person, so drückt die »Haftungsbeschränkung« auf das Gesellschaftsvermögen eine bare Selbstverständlichkeit aus, weil auch bei der natürlichen Person grundsätzlich nur »eigenes« Vermögen dem Gläubigerzugriff unterliegt. Sieht man dagegen in der juristischen Personifizierung eher einen rechtskonstruktiven Kunstgriff im praktischen Interesse der Anteilseigner, verschiebt sich die Perspektive. Die Ausgliederung bestimmter Vermögenswerte auf die juristische Person in Gestalt der Haftungstrennung ist insoweit zugleich Haftungsbeschränkung für die Einleger, weil ein Gläubigerzugriff auf ihr Privatvermögen grundsätzlich verhindert wird. Die Frage, ob die Gründung einer juristischen Person rechtsdogmatisch im eigentlichen Sinne eine Haftungsbeschränkung ist, hängt insofern teilweise auch mit dem Grundverständnis und Wesen der juristischen Person zusammen, wie nicht zuletzt beim »Haftungsdurchgriff« deutlich wird⁸. Bei funktionaler Betrachtungsweise kann man der Haftungstrennung durch Gründung juristischer Personen einen haftungsbeschränkenden Effekt jedenfalls schwerlich absprechen. Besonders anschaulich wird dies am Beispiel der Einmann-GmbH: der Einzelne wechselt im Wege der Gesellschaftsgründung die Rolle von der persönlich handelnden natürlichen Person zum Gesellschafter-Geschäftsführer und kommt so grundsätzlich in den Genuß der Vorteile beschränkter Haftung.

c) Der schiffahrtsrechtliche Sonderfall nachträglicher Gesamthaftungsbeschränkung durch Errichtung eines Fonds oder durch Einrede

Eine schiffahrtsrechtliche Sonderform nachträglicher Haftungstrennung bzw. Haftungsbeschränkung zugunsten des Reeders bzw. Eigners eines Schiffes ist die nachträgliche Errichtung eines Haftungsfonds für alle Ansprüche aus einem Schadensereignis. Vorgesehen ist diese Möglichkeit im Binnenschiffahrtsgesetz (§§ 4–5 m BinSchG), im Straßburger Übereinkommen und im Londoner Haftungsbeschränkungsübereinkommen⁹. Die Fonderrichtung gleicht funktionell im Grunde genommen einer Haftungstrennung durch nachträgliche Gesellschaftsgründung, die freilich unzulässig wäre, wobei die notwendige Mindestkapitalausstattung des Fonds dem gesellschaftsrechtlichen Erfordernis angemessener Eigenka-

⁷ Zur Anerkennung der institutionellen Haftungsbeschränkung im internationalen Gesellschaftsrecht vgl. § 5 IV 2.

⁸ Näher zur rechtsdogmatischen Kontroverse über das Wesen der juristischen Person § 7 II 1; zum gesellschaftsrechtlichen Haftungsdurchgriff § 7 VI.

⁹ Straßburger Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschiffahrt, BGBl. 1998 II, S. 1643ff.; Londoner Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen, BGBl. 1986 II, S. 786ff.

pitalisierung entspricht. Statt durch die Errichtung eines Fonds, die gegenüber allen Gläubigern aus dem Schadensereignis wirkt, besteht auch die Möglichkeit, die Haftungsbeschränkung einredeweise geltend zu machen, wodurch die Haftung gegenüber dem jeweiligen Gegner auf die anteilige gesetzliche Mindesthaftung nachträglich begrenzt wird¹⁰.

2. Die Abgrenzung der Haftungsbeschränkung von der rechtfertigenden Einwilligung und der bewußten Risikoübernahme

Das Thema Haftungsbeschränkungen steht in dogmatischer Verwandtschaft mit der Disponibilität von Rechtsgütern, die auch bei der rechtfertigenden Einwilligung und der eigenverantwortlichen Risikoübernahme eine Rolle spielt.

a) Die rechtfertigende Einwilligung

Die Einwilligung in den Eingriff ist ein vorheriger Verzicht auf rechtlichen Schutz, der bei den meisten Gütern grundsätzlich zulässig ist (Ausnahme z.B. Tötung). Der Verzicht kann sich je nach der erklärten Reichweite auf die sekundären Schadensersatzansprüche beschränken, er kann sich aber auch auf die primären Abwehrrechte erstrecken und so die Verletzung rechtfertigen (*volenti non fit iniuria*)¹¹. Ein wirksamer Verzicht setzt eine entsprechende Disponibilität des betroffenen Rechtsguts voraus. Die Zulässigkeit rechtfertigender Einwilligung liefert ein starkes Indiz für die grundsätzliche Zulässigkeit einer entsprechenden Haftungsbeschränkung unter Umständen bis hin zum völligen Haftungsausschluß.

b) Die bewußte Risikoübernahme

Die bewußte Übernahme eines Risikos kann als Handeln auf eigene Gefahr eine Gefährdungshaftung ganz ausschließen, wie z.B. beim Einreiten eines als störrisch bekannten Pferdes, oder bei Verschuldenshaftung als schuldhaftes Selbstgefährdung im Rahmen von § 254 BGB je nach ihrem Gewicht zur Schadensteilung führen, wie beispielsweise bei der Fahrt mit einem erkennbar unter Alkoholeinwirkung stehenden Fahrer¹². Die bewußte Selbstgefährdung ist zwar ebenfalls ein Dispositionsakt, konsentiert wird aber nicht der Eingriff, sondern lediglich die Gefährdung, so daß die Wirkung praktisch regelmäßig auf die schadensersatzrechtliche Rechtsfolge beschränkt bleibt. Wenn man davon ausgeht, daß die bewußte Risikoübernahme auf den guten Ausgang vertraut und die Verletzung nicht rechtfertigt, sind Rückschlüsse aus dieser Fallgruppe auf die Beschränkbarkeit der Haftung nicht im gleichen Umfang möglich wie bei der Einwilligung. Allerdings

¹⁰ Vgl. noch § 13 V 4 m. N.

¹¹ Zum Ganzen statt vieler *Deutsch*, Allgemeines Haftungsrecht, Rn. 282; *Lange*, Schadensersatz, 2. Aufl. 1990, § 10 XV, S. 643ff. (je m.w.N.).

¹² Hierzu etwa *Deutsch*, Allgemeines Haftungsrecht, Rn. 586ff.; *Lange*, Schadensersatz, § 10 XIV, S. 637ff.; rechtsvergleichend grundlegend *Stoll*, Das Handeln auf eigene Gefahr, 1961.

spricht die Möglichkeit, seine Haftungsansprüche durch sein eigenes Verhalten (quotal) begrenzen zu können, wenn auch nicht ohne weiteres für die Zulässigkeit eines Haftungsausschlusses, so letztlich doch zumindest für die Zulässigkeit von Haftungsbegrenzungen.

3. Verfahrensrechtliche Begrenzungen der Haftungsrealisierung

a) *Vollstreckungsvereinbarungen*

Hinzuweisen ist schließlich auf die Möglichkeiten verfahrensrechtlicher Begrenzung der Realisierung der Haftung. Dabei ist weniger gedacht an die Geltendmachung der Unpfändbarkeitsvorschriften und Pfändungsfreigrenzen der Einzelzwangsvollstreckung (§§ 811 ff., 850 ff. ZPO) und den Antrag auf Erteilung der relativ neuen insolvenzrechtlichen Restschuldbefreiung (§§ 286 ff. InsO). Gemeint ist vielmehr die Möglichkeit von Vollstreckungsvereinbarungen, die nach h. M. in engen Grenzen als betragsmäßige oder gegenständliche Beschränkung zugunsten des Schuldners zulässig sind¹³. Soweit man vollstreckungsbeschränkende Abreden auch schon vor Anspruchsentstehung für zulässig erachtet, liegt darin zumindest im Ergebnis eine Möglichkeit zur Haftungsbeschränkung. Aufgrund der im Vollstreckungsrecht stärker ausgeprägten Bindung der Parteidisposition im öffentlichen Interesse geht diese Form der »Haftungsbeschränkung« jedoch regelmäßig nicht über die Möglichkeiten materiellrechtlicher Beschränkung der Haftung hinaus. In einer materiellrechtlich angelegten Untersuchung spielen vollstreckungsbeschränkende Vereinbarungen keine Rolle.

b) *Gerichtsstandsvereinbarungen und Schiedsvereinbarungen*

Auswirkungen auf die Realisierung der Haftung vor allem im internationalen Rechtsstreit können auch Gerichtsstandsvereinbarungen und Schiedsvereinbarungen haben: solche Vereinbarungen können materiellrechtlich begründete Ansprüche in ihrer Durchsetzbarkeit stark schwächen oder gar entwerten. Für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen sind sie von eingeschränkter Aussagekraft und bleiben deshalb im folgenden außer Betracht.

4. Zur Terminologie

Die Terminologie des Rechts der Haftungsbeschränkung ist uneinheitlich und zeigt vielfach fließende Übergänge. Zu unterscheiden ist zunächst die vertragliche Haftungsbeschränkung von der gesetzlichen Haftungsbeschränkung. Die gesetzliche Haftungsbeschränkung begegnet sowohl in Gestalt reduzierter Sorgfaltsan-

¹³ Vgl. BGH NJW 1991, 2295, 2296 r. Sp.; zum Ganzen *Baur/Stürner*, Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- und Vergleichsrecht, Band I, 12. Aufl. 1995, Rn. 10.1 ff. m. N.; *Rosenberg/Gaul/Schilken*, Zwangsvollstreckungsrecht, 11. Aufl. 1997, § 33, S. 509 ff.; *Brox/Walker*, Zwangsvollstreckungsrecht, 6. Aufl. 1999, Rn. 199 ff.

forderungen als auch in Form von Haftungshöchstbeträgen, wobei zwischen Höchstbeträgen für einzelne oder alle Ansprüche eines Gläubigers und Gesamthaftungshöchstbeträgen für alle Gläubiger aus einem Haftungsereignis oder für Gruppen von Gläubigern differenziert werden kann. Unterscheiden kann man des weiteren zwischen der institutionellen Haftungsbeschränkung, die sich im Regelfall in Gestalt der Haftungstrennung verwirklicht, und der vertraglichen Haftungsbeschränkung. Im Bereich der vertraglichen Haftungsbeschränkung findet sich ebenfalls ein breiteres begriffliches Spektrum. Der Haftungsausschluß schneidet das Entstehen von Ersatzansprüchen ganz ab, er kann aber als enger gefaßter Ausschluß der Haftung für bestimmte Verschuldensformen oder Schadensfolgen durchaus auf eine Haftungsbeschränkung hinauslaufen. Ein Synonym für Haftungsausschluß ist Haftungsfreizeichnung. Haftungsbeschränkung und Haftungsbegrenzung zielen im Prinzip nicht auf völlige Haftungsfreiheit, sondern stellen nur in einem bestimmten Segment oder in bestimmtem Umfang von der schadensrechtlichen Verantwortlichkeit frei. Der Begriff der Haftungsbeschränkung wird üblicherweise bei gewillkürten Milderungen des Haftungsmaßstabs verwendet, kann wie die Haftungsbegrenzung aber auch eine Festlegung des Umfangs des Schadensersatzes oder von Haftungshöchstbeträgen bedeuten. Eine Höchstsummenvereinbarung wirkt wiederum als Haftungsausschluß bzw. Freizeichnung für überschießende Beträge. Terminologische Klarheit läßt sich deshalb nur schwer erreichen, sie ist letztlich auch entbehrlich, solange über den Betrachtungsgegenstand Einigkeit besteht. Keine Haftungsbeschränkung, sondern im Ausgangspunkt eine Haftungserweiterung ist die vertragliche Ausdehnung der Haftung über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus (z.B. Garantie), auch wenn diese Haftungserweiterung auf einen bestimmten Garantiebetrug begrenzt ist.

III. Überblick über den Stand des deutschen Rechts der Haftungsbeschränkungen

Zunächst sind typologisch gesetzliche Haftungsbeschränkungen einerseits und vertragliche Haftungsbeschränkungen andererseits zu unterscheiden. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet der haftungsrechtliche Grundsatz der Totalreparation (1.). Nur teilweise wird die Haftung durch gesetzliche Haftungsbeschränkungen reduziert (2.). Vor dem Hintergrund der kraft Gesetzes weitgehend unbegrenzten persönlichen Haftung soll zunächst der gesetzliche Rahmen für die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen mit den Entwicklungslinien der Rechtsprechung und der Grundposition der Lehre kurz skizziert werden (3.). Dem stehen die weitergehenden Möglichkeiten institutioneller Haftungsbeschränkung gegenüber (4.).

1. Der haftungsrechtliche Grundsatz der Totalreparation und das Fehlen einer Reduktionsklausel

Das deutsche Schadensersatzrecht wird bekanntlich beherrscht vom Grundsatz der Totalreparation (§§ 249ff. BGB)¹⁴. Zu ersetzen ist grundsätzlich der gesamte Schaden, und zwar im Prinzip unabhängig von Haftungsgrund, Vorhersehbarkeit und Verschuldensgrad (Proportionalität). Dieses sogenannte Alles-oder-Nichts-Prinzip ist keineswegs selbstverständlich, wie Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung lehren. Rechtsvergleichend zu nennen ist zunächst insbesondere die Schweiz, die eine Schadensbemessung nach richterlichem Ermessen und die Reduktion der Fahrlässigkeitshaftung bei Notlage kennt (Art. 43 Abs. 1 OR, Art. 44 Abs. 2 OR)¹⁵. Weitere Beispiele aus der Rechtsvergleichung für ähnliche Regelungen sind etwa Spanien (Art. 1103 Código Civil), die frühere DDR (§ 340 ZGB-DDR)¹⁶ und nordische Rechte¹⁷. Vergleichbare Wirkungen hat die Beschränkung des Schadensersatzes auf vorhersehbare Schäden, wie sie dem französischen, spanischen und teilweise auch dem englischen Vertragsrecht entspricht¹⁸ und den europäischen und internationalen Vertragsrechtsprinzipien sowie dem Wiener UN-Kaufrecht zugrunde liegt¹⁹. Das neue niederländische Burgerlijk Wetboek erklärt allgemein nur zurechenbare Schäden für ersatzfähig (Art. 6:98 NWB), so daß es auf Vorhersehbarkeit mit ankommt²⁰, und erlaubt zusätzlich die richterliche Reduktion bei drohender Notlage des Schuldners (Art. 6:109 NWB). Das Prinzip der Totalreparation hat auch in Deutschland schon früh Kritik herausgefordert und Reformbestrebungen geweckt²¹. So sah § 8 des Entwurfs einer Deutschen Schadensordnung eine angemessene Haftungsminderung bei geringer Vorwerfbarkeit vor, wenn der Totalersatz nach den Vermögensverhältnissen der Beteiligten und den sonstigen Umständen dem »gesunden Volksempfinden« gröblich widersprechen würde²². Entsprechend den Anregungen des 43. Deutschen Juristentages

¹⁴ Hierzu statt vieler *Stoll*, Haftungsfolgen im bürgerlichen Recht, 1993, S. 179ff. mit rechtsvergleichenden Hinweisen.

¹⁵ Art. 43 Abs. 1 OR: »Art und Größe des Ersatzes für den eingetretenen Schaden bestimmt der Richter, der hierbei sowohl die Umstände (ZGB 4) als die Größe des Verschuldens zu würdigen hat.«; Art. 44 Abs. 2 OR: »Würde ein Ersatzpflichtiger, der den Schaden weder absichtlich noch grob fahrlässig verursacht hat, durch Leistung des Ersatzes in eine Notlage versetzt, so kann der Richter aus diesem Grunde die Ersatzpflicht ermäßigen.«

¹⁶ Falls »in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage und des Einkommens des Schädigers sowie ihrer voraussichtlichen Entwicklung ein voller Ausgleich nicht zu erwarten ist.«

¹⁷ Zum Ganzen *Hobloch*, Allgemeines Schadensrecht, in: Gutachten und Vorschläge zur Überarbeitung des Schuldrechts, Band I, 1981, S. 461ff. m.w.N.

¹⁸ Vgl. hierzu noch § 5 II 1 b (1), (2), (4) m. N.

¹⁹ S. § 5 II 1 c (Vertragsrechtsprinzipien) und § 9 V 1 a (UN-Kaufrecht).

²⁰ Vgl. *Oosterveen*, in: Burgerlijk Wetboek, Tekst & Commentaar, 1998, art. 6:98 ad 5.

²¹ Z.B. *Jhering*, Das Schuldmoment im römischen Privatrecht, 1867, S. 54ff.; *Gierke*, Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches und das deutsche Recht, 1889, S. 198, 266f.; für eine Reduktionsmöglichkeit auch *Baur*, Entwicklung und Reform des Schadensersatzrechts, 1935, S. 43ff., 53 (m. N.); weitere Nachweise bei *Hermann Lange*, Gutachten für den 43. DJT, 1960, S. 33 Fn. 78.

²² Vgl. *Nipperdey*, Reform des Schadensersatzrechts, 1940, S. 92; zum Ganzen auch *Deutsch*, Allgemeines Haftungsrecht, Rn. 629ff.; *Hobloch*, Gutachten, S. 375, 459ff.

1960²³ sah der Referentenentwurf von 1967 einen § 255 a BGB vor, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Reduktion des Ersatzanspruchs nach richterlichem Ermessen ermöglichen sollte²⁴. Das schadensrechtliche Gutachten zur Überarbeitung des Schuldrechts befürwortet ebenfalls die Einführung einer begrenzten ermessensgebundenen Möglichkeit zur richterlichen Reduktion der Ersatzpflicht²⁵. Das Bundesverfassungsgericht hält eine Reduktion zumindest der Billigkeitshaftung aus § 828 Abs. 2 BGB gemäß § 242 BGB grundsätzlich für zulässig²⁶. Das Fehlen einer ausdrücklichen generell anwendbaren Reduktionsklausel im geltenden Recht erhöht die Bedeutung gesetzlicher Haftungshöchstbeträge und vertraglicher Haftungsbeschränkungen²⁷.

2. Gesetzliche Haftungsbeschränkungen

Gesetzliche Haftungsbeschränkungen machen vertragliche Haftungsbeschränkung teilweise entbehrlich. Das notwendigerweise relativ hohe Abstraktionsniveau gesetzlicher Regelungen spiegelt sich – verglichen mit den flexibleren Möglichkeiten individueller Vertragsgestaltung – in einer eher groben Typisierung gesetzlicher Haftungsbeschränkungen wider. Die folgende Zusammenstellung strebt nicht nach Vollständigkeit, sie will vielmehr exemplarisch einen ersten Eindruck von der Vielfalt des geltenden Rechts vermitteln. Details finden sich bei der Erörterung einzelner Geschäftstypen im besonderen Teil²⁸.

a) Betragsmäßige Haftungsbeschränkungen

(1) *Bürgerliches Recht.* Betrags- oder summenmäßige Haftungsbeschränkungen finden sich im geltenden materiellen Recht – läßt man die Möglichkeit der Zwischenschaltung juristischer Personen einmal beiseite – an vielen Stellen. Das Zweite Gesetz zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften²⁹ hat im Zuge der Umstellung der gesetzlichen Haftungsbeträge auf Euro mit Wirkung zum 1. August 2002 teilweise Erhöhungen der bisherigen Höchstgrenzen gebracht. Die früheren Grenzen sind im folgenden jeweils in Klammern mit angegeben. Einmal sind gesetzliche Haftungshöchstsummen bei Gefährdungshaftungstatbeständen geläufig, so z.B. die Gefährdungshaftung nach dem Straßenverkehrsgesetz gemäß § 12 StVG bei Personenschäden bis zum Kapitalbetrag von € 600.000 bzw. € 3 Mio. bei Schädigung mehrerer (bisher DM 500.000 bzw. DM 750.000) oder bis zur

²³ Vor allem *Hermann Lange*, Gutachten für den 43. DJT, 21ff., 33ff., 60.

²⁴ Hierzu *Stoll RabelsZ* 34 (1970), 481ff. m.w.N.

²⁵ *Hobloch*, Gutachten, S. 462ff. Der Abschlußbericht der Schuldrechtskommission greift diesen Vorschlag nicht auf.

²⁶ BVerfG NJW 1998, 3557, 3558 r. Sp.; vgl. noch § 6 III 1 b (verfassungsrechtliche Grenzen der Minderjährigenhaftung) und 2 a (Bürgschaften naher Familienangehöriger).

²⁷ Zur verfassungsrechtlichen Seite s. § 6 IV 1 a.

²⁸ Hierzu §§ 9–14.

²⁹ Endgültiger Beschluß des Bundesrates vom 31. Mai 2002, BR-Drucks. 358/02.

Jahresrente von € 36.000 bzw. € 180.000 (bisher DM 30.000 bzw. DM 45.000), für Sachschäden bis € 300.000 (bisher DM 100.000)³⁰; Haftung nach dem Haftpflichtgesetz gemäß §§ 9, 10 HaftPflG bis zu € 36.000 Jahresrente pro geschädigter Person (bisher DM 30.000) und Gesamthaftsumme von € 300.000 für alle Sachschäden (bisher DM 100.000); Gesamthöchstsumme bei Produkthaftung gemäß § 10 ProdHaftG von € 85 Mio. (bisher DM 160 Mio.)³¹; entsprechend die Höchstsumme von € 85 Mio. für den Gesamtschaden bei gentechnisch veränderten Produkten nach § 33 S.1 Gentechnikgesetz (bisher DM 160 Mio.); Gesamtsumme der Umwelthaftung nach § 15 UmweltHG für Personen- und Sachschäden von je € 85 Mio. (bisher DM 160 Mio.); Arzneimittelhaftung gemäß § 88 AMG bis € 600.000 (bisher DM 1 Mio.) bzw. bis zur Jahreshöchstrente von € 36.000 (bisher DM 60.000), Gesamthaftsumme € 120 Mio. (bisher DM 200 Mio.) bzw. Gesamtjahresrente € 7,2 Mio. (bisher DM 12 Mio.); verschuldensunabhängige Haftung des Gastwirtes bis zum Hundertfachen des täglichen Beherbergungspreises, mindestens € 600 bis maximal € 3.500 (§ 702 Abs. 1 BGB)³². Diese Höchstgrenzen gelten nicht für konkurrierende Ansprüche.

(2) *Handelsrecht.* Die handelsrechtliche Verschuldenshaftung des Abschlußprüfers ist in § 323 Abs. 2 HGB auf höchstens € 1 Mio. pro Prüfung begrenzt bzw. € 4 Mio. bei Aktiengesellschaften mit amtlich notierten Aktien; gleich z.B. beim Gründungsprüfer (§ 49 AktG). Die Haftung des Frachtführers wegen Verlust oder Beschädigung ist – ohne Rücksicht auf Verschulden – auf 8,33 Rechnungseinheiten (= Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds – SZR) pro Kilogramm Rohgewicht plus öffentliche Abgaben und Kosten begrenzt (§§ 431 Abs. 1–3, 434, 435 HGB) und entsprechend für den Absender (§ 414 Abs. 1 S. 2 HGB mit Milderung des Haftungsmaßstabes für Verbraucher in Abs. 3); für Vermögensschäden aufgrund Vertragspflichtverletzung, die nicht aus Verlust, Beschädigung oder verspäteter Lieferung resultieren, haftet der Frachtführer bis zum dreifachen Betrag, der bei Verlust zu zahlen wäre (§ 433 HGB); bei Umzugsgut ist die Haftungsgrenze für Absender und Frachtführer in §§ 451 c, 451 e HGB auf € 620 je Kubikmeter benötigten Laderaums festgelegt (bisher DM 1.200). Auch für den Spediteur gelten die am Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds orientierten Höchstbeträge des Frachtrechts (§ 461 Abs. 1 HGB). Der Einlagerer haftet grundsätzlich ebenfalls nur bis 8,33 SZR (§§ 468 Abs. 3 S. 2, 414 Abs. 1 S. 2 HGB). Die seehandelsrechtliche Haftung des Verfrachters ist gesetzlich auf einen Höchstbetrag von 666,67 Rechnungseinheiten pro Stück bzw. Einheit oder 2 Einheiten pro Kilogramm Rohgewicht begrenzt (je nachdem, welcher Betrag hö-

³⁰ Die Neuregelung sieht mit Wirkung zum 1. August 2002 besondere erhöhte Gesamthaftungsgrenzen für Gefahrguttransporte vor, und zwar je € 6 Mio. für Tötung und Verletzung einerseits und Immobiliarsachschäden andererseits (§ 12 a StVG n. F.). Zum Personenbeförderungsrecht ausführlich § 14 II.

³¹ Vgl. hierzu nach § 8 V 2 a (2).

³² S. noch § 14 III (Beherbergungsrecht).

Verzeichnis englischer und US-amerikanischer Entscheidungen

I. England

Curtis v. Chemical Cleaning and Dyeing Co. [1951] 1 K.B. 805
Davis Contractors Ltd. v. Fareham U.D.C. [1956] A.C. 696
George Mitchell (Chesterhall) Ltd. v. Finney Lock Seeds Ltd. [1983] 2 A.C. 803
Hadley v. Baxendale (1854) 9 Exch. 341
Jacques v. Lloyd D. George & Partners Ltd. [1968] 1 W.L.R. 625
Kollerich & Cie. S.A. v. State Trading Corpn. of India [1980] 2 Lloyd's Rep. 32
Levinson v. Patent Steam Carpet Cleaning Co. [1977] 3 All E.R. 498
Mendelssohn v. Normand Ltd. [1970] 1 Q.B. 177
Paradine v. Jane (1647) Aleyn 26
Pearson (S.) & Son Ltd. v. Dublin Corpn. [1907] A.C. 351
Photo Production Ltd. v. Securicor Transport Ltd. [1980] A.C. 827
Singer Co. (U.K.) Ltd. v. Tees and Hartlepool Port Authority [1988] 2 Lloyd's Rep. 164
Suisse Atlantique Société d'Armement Maritime S.A. v. N.V. Rotterdamsche Kolen Centrale [1967] 1 A.C. 361

II. USA

Abel v. Conover, 104 N.W.2d 684 (Neb. 1960)
Adloo v. H. T. Brown Real Estate, Inc., 686 A.2d 298 (Md. 1996)
A.I. Trade Finance, Inc. v. Petra International Banking Corp., 1994 WL 225 383 (D.D.C.)
Alack v. Vic Tanny International, 923 S.W.2d 330 (Mo. *banc* 1996)
Alman v. Danan, 801 F.2d 1 (1st Cir. 1986)

American Bell v. Federation of Telephone Workers, 736 F.2d 879 (3rd Cir. 1984)
American Electric Power Co., Inc. v. Westinghouse Electric Corp., 418 F.Supp. 435 (S.D.N.Y. 1976)
American Life Ins. Co. v. Sandlin, 470 So.2d 657 (Ala. 1985)
Amfac Food v. International Sys. & Controls Corp., 654 P.2d 1092 (Oregon 1982 – *en banc*)
Amfac Mechanical Supply Co. v. Federer, 645 P.2d 73 (Wyoming 1982)
Amoco Chemicals Corp. v. Bach, 567 P.2d 1337 (Kansas 1977)
Anderson v. Abbott, 321 U.S. 349 (1944)
Aronson v. Price, 644 N.E.2d 864 (Indiana 1994)
Audley v. Melton, 640 A.2d 777 (N.H. 1994)
Austin Power Co. v. McCullough, 628 N.Y.S.2d 855 (N.Y. 1995)
Automotriz Del Golfo de California v. Resnick, 306 P.2d 1 (Cal. 1957)
Autrey v. 22 Texas Services, Inc., 79 F.Supp.2d 735 (S.D. Tex. 2000)
Baker Pac. Corp. v. Suttlers, 269 Cal. Rptr. 709 (Ct. App. 1990)
Bammerlin v. Navistar Int'l Transport. Corp., 30 F.3d 898 (7th Cir. 1994)
Barnes v. Birmingham International Raceway, 551 So.2d 929 (Ala. 1989)
Belvedere Condo. Unit Owners' Ass'n v. R.E. Roark Cos., Inc., 617 N.E.2d 1975 (Ohio 1993)
Beneficial Personnel Service v. Porras, 927 S.W.2d 177 (Tex. App. 1996)
Bergen v. F/T St. Patrick, 816 F.2d 1345 (9th Cir. 1987)
Berlin v. Boedecker, 887 P.2d 1180 (Montana 1994)
Best v. Taylor Machine Works, 689 N.E.2d 1057 (Ill. 1997)
Billiot v. B.P. Oil Co., 645 So.2d 604 (La. 1994)
Bischofshausen, Etc. v. D.W. Jaquays Mining

- & Equip. Contractors Co., 700 P.2d 902 (Arizona App. 1985)
- Bisso v. Inland Waterways Corp., 349 U.S. 85 (1955)
- Blackey v. Continental Airlines, Inc., 992 F.Supp. 731 (D.N.J. 1998)
- Blunt v. Little, C.C.D. Mass., 3 Fed. Cas. 760, No. 1578 (1822)
- BMW of North America, Inc. v. Gore, 517 U.S. 559 (1996)
- BMW of North America, Inc. v. Gore, 701 So.2d 507 (Ala. 1997)
- Boafo v. Hospital Corp. of America, 338 S.E.2d 477 (Georgia App. 1985)
- Board of Trustees v. Valley Cabinet, 877 F.2d 769 (9th Cir. 1989)
- Bodon v. Suhrmann, 327 P.2d 826 (Utah 1958)
- Bollwerk v. The Susquehanna Corporation, 811 F.Supp. 472 (D.S.D. 1993)
- Briggs Transport Co. v. Starr Sales Co., 262 N.W.2d 805 (Iowa 1978)
- Brock Builders, Inc. v. Dahlbeck, 223 Neb. 493 (Nebraska 1986)
- Brotherhood Shipping Co. v. St. Paul Fire & Marine Ins. Co., 985 F.3d 323 (7th Cir. 1993)
- Brown v. Benton Creosoting Co., 147 So.2d 89 (La. App. 1963)
- Brunsmann v. DeKalb Swine Breeders, Inc., 138 F.3d 358 (8th Cir. 1998)
- Bryan J. Guillot, Inc., v. Conventions Security Services, Inc., 720 So.2d 743 (La. App. 1998)
- Bryant Constr. Co. v. Cook Constr. Co., 518 So.2d 625 (Miss. 1987)
- Bucyrus-Erie Co. v. General Prods. Corp., 643 F.2d 413 (6th Cir. 1981)
- Butler v. Flint Goodrich Hosp., 607 So.2d 517 (La. 1992)
- Cambridge Plating Co., Inc. v. Napco, Inc., 85 F.3d 752 (1st Cir. 1996)
- Canal Electric Co. v. Westinghouse Electric Corp., 548 N.E.2d 182 (Mass. 1990)
- Canal Electric Co. v. Westinghouse Electric Co., 973 F.2d 988 (1st Cir. 1992)
- Carson v. Maurer, 424 A.2d 825 (N.H. 1980)
- Carter v. District of Columbia, 795 F.2d 116 (D.C. Cir. 1986)
- Cash v. Beltman N. Am. Co., 900 F.2d 109 (7th Cir. 1990)
- Castleberry v. Branscum, 721 S.W.2d 270 (Tex. 1986)
- Catsoupes v. Atex Associates, Inc., 671 A.2d 208 (N.J. App. 1996)
- Cellular Tel. Co. v. Superior Court, 76 Cal. Rptr.2d 894 (1998)
- Chaplake Holdings Ltd. v. Chrysler Corp., 1995 WL 653 510 (Del. Sup. 1995)
- Chapman v. Field, 602 P.2d 481 (Arizona 1979)
- Chatlos Sys., Inc. v. National Cash Register Corp., 635 F.2d 1081 (3rd Cir. 1980)
- City of Lowell v. Massachusetts Bonding & Ins. Co., 47 N.E.2d 265 (Mass. 1943)
- Cline v. Wal-Mart Stores, Inc., 144 F.3d 294 (4th Cir. 1998)
- C. Mac Chambers Co. v. Iowa Tae Kwon Do Academy, 412 N.W.2d 593 (Iowa 1987)
- Coduti v. Hellwig, 469 N.E.2d 220 (Ill. App. 1 Dist. 1984)
- Collet v. American National Stores, Inc., 708 S.W.2d 273 (Mo. App. 1986)
- Combustion Engineering v. McGill, 120 S.Ct. 329, 145 L.Ed. 256 (1999)
- Commercial Escrow Co. v. Rockport Rebel, Inc., 778 S.W.2d 532 (Tex. App. 1989)
- Compañía de Navegación Interior, S.A. v. Fireman's Fund Ins. Co., 277 U.S. 66 (1928)
- Computrol, Inc. v. Newtrend, L.P., 203 F.3d 1064 (8th Cir. 2000)
- Consumer's Co-op v. Olson, 419 N.W.2d 211 (Wisconsin 1988)
- Continental Trend Resources, Inc. v. OXY USA, Inc., 101 F.3d 634 (10th Cir. 1996)
- Contractors, Laborers, Teamsters & Eng'rs Health & Welfare Plan v. Hroch, 757 F.2d 184 (8th Cir. 1985)
- Cotracom Commodity Trading Co. v. Seaboard Corp., 189 F.R.D. 655 (D. Kansas 1999)
- Crane v. Green & Freedman Baking Co., Inc., 134 F.3d 7 (1st Cir. 1998)
- Cruz v. Ramirez, 75 P.R.R. 899 (Puerto Rico 1954)
- Curiale v. Tiber Holding Corp., 1997 WL 713 950 (E.D. Pa.)
- Cushman & Wakefield, Inc. v. Dollar Land Corp., 355 N.Y.S.2d 409 (App. Div. 1974)
- Darby v. Société des Hotels Meridien, 1999 WL 713 950 (S.D.N.Y.)
- Dassault Falcon Corp. v. Oberflex, Inc., 909 F.Supp. 345 (M.D.N.C. 1995)
- Datskow v. Teledyne Continental Motors, 826 F.Supp. 677 (W.D.N.Y. 1993)
- Davidson v. Brown, 963 P.2d 86 (Or. App. 1998)
- Dean Operations, Inc. v. One Seventy Associates, 896 P.2d 1012 (Kansas 1995)

- Delhomme Industries, Inc. v. Houston Beechcraft, Inc., 669 F.2d 1049 (5th Cir. 1982)
- Diamond Paint Co. v. Embry, 525 S.W.2d 529 (Tex. Civ. App. 1975)
- Dicon v. North American Van Lines, 1998 WL 960700 (Del. Super. 1998)
- Dimick v. Schiedt, 293 U.S. 474 (1935)
- D.J. Auld Co. v. Park Electronical Corp., 553 F.Supp. 804 (E.D.N.Y. 1982)
- Dobson v. Louisiana Power & Light Co. 567 So.2d 569 (La. 1990)
- Dodge v. Ford Motor Co., 170 N.W. 668 (Mich. 1919)
- Donaldson v. Anderson, 862 P.2d 1204 (Nev. 1993)
- Donegan v. Beech Bend Raceway Park, 894 F.2d 205 (6th Cir. 1990)
- Duke Power Co. v. Carolina Environmental Study Group, Inc., 438 U.S. 59 (1978)
- Dunn v. Consolidated Rail Corp., 890 F.Supp. 1262 (La. 1995)
- Electric Power Board v. St. Josep Valley Structural Steel Corp., 691 S.W.2d 522 (Tenn. 1985)
- Elite Professionals, Inc. v. Westinghouse Elec. Corp., 596 F.2d 924 (9th Cir. 1979)
- Emergicare Consultants, Inc. v. Woolbright, 2000 WL 1 897 350 (Tennessee App.)
- Employer's Liability Assurance Corp. v. Lunt, 313 P.2d 393 (Ariz. 1957)
- Erie Railroad Company v. Tompkins, 304 U.S. 64 (1938)
- Estey v. MacKenzie Engineering, 927 P.2d 86 (Or. 1996)
- Ex Parte Am. South Bank of Alabama, 669 So.2d 154 (Ala. 1995)
- Ex Parte Thorn, 2000 WL 1 842 418 (Ala.)
- Fairbanks v. Chambers, 665 S.W.2d 33 (Mo. App. 1984)
- Falcone v. Night Watchman, Inc., 526 A.2d 550 (Conn. App. 1987)
- F.D.I.C. v. Slinger, 913 F.2d 7 (1st. Cir. 1990)
- Fein v. Permanente Med. Group., 695 P.2d 665 (Cal. 1985)
- First National City Bank v. Banco Para El Comercio Exterior de Cuba, 462 U.S. 611 (1983)
- Fisch v. Manger, 130 A.2d 815 (N.J. 1957)
- Fiumetto v. Garrett Enterprises, Inc., 2001 WL 467 959 (Ill. App. 2 Dist.)
- Flight Line, Inc. v. Tanksley, 608 So.2d 1149 (Miss. 1992)
- Florida Stell Corp. v. Whiting Corp., 677 F.Supp. 1140 (M.D. Fl. 1998)
- Flynt Distrib. Co. v. Harvey, 734 F.2d 1389 (9th Cir. 1984)
- Forte Hotels, Inc. v. Kansas City Power & Light Co., 913 S.W.2d 803 (Mo. App. 1995)
- Frazier v. Bryan Memorial Hospital Authority, 775 P.2d 281 (Okla. 1989)
- Friedman v. Gorin, 269 N.E.2d 246 (Mass. 1971)
- Gabelli & Co. v. Liggett Group, Inc., 479 A.2d 276 (Del. 1984)
- Gallagher v. Reconcilio Builders, Inc., 415 N.E.2d 560 (Ill. App. 1980)
- Gasperini v. Center for Humanities, Inc., 518 U.S. 415 (1996)
- Gay v. Gay's Super Markets, Inc., 343 A.2d 577 (Me. 1975)
- Gentry v. Credit Plan Corp., 528 S.W.2d 571 (Tex. 1975)
- Genzel v. Halvorson, 80 N.W.2d 854 (Minn. 1957)
- George M. Simmons & Simmons Mach. Corp. v. Clark Equip., 554 So.2d 398 (Ala. 1989)
- Gibeau v. Nellis, 18 F.3d 107 (2nd Cir. 1994)
- Glenn v. Wagner, 329 S.E.2d 326 (N.C. 1985)
- Goodman v. Ladd Estate Co., 427 P.2d 102 (Or. 1967)
- Gray v. Edgewater Landing, Inc., 541 So.2d 1044 (Miss. 1989)
- Greenberg v. Commonwealth ex rel. Att'y General of Virginia, 499 S.E.2d 266 (Va. 1998)
- Hamilton v. AAI Ventures, 768 So.2d 298 (La. App. 2000)
- Hanson v. Bradley, 10 N.E.2d 259 (Mass. 1937)
- Harco National Insurance Co. v. Green Farms, Inc., 1989 WL 110 537 (Del. Ch.)
- Harris v. Ford Motor Co., 845 F.Supp. 1511 (M.D. Ala. 1994)
- Hartford Ins. Co. v. Holmes Protection Group, 673 N.Y.S.2d 132 (A.D. 1 Dept. 1998)
- Harthman v. Texaco, Inc., 909 F.Supp. 1005, 1008f. (D. Virgin Islands 1995)
- Heating & Air Specialists, Inc. v. Jones, 180 F.3d 923 (8th Cir. 1999)
- Henderson by & through Hartsfield v. Alabama Power Co., 627 So.2d 878 (Ala. 1993)
- Hetzl v. Prince William County, Virginia, 523 U.S. 208 (1998)
- Hickman v. Hyzer, 401 S.E.2d 738 (Georgia 1991)

- Hofer v. Lavender, 679 S.W.2d 470 (Tex. 1984)
- Hohe v. San Diego Unified School Dist., 274 Cal. Rptr. 647 (Cal. App. 4 Dist. 1990)
- Hollowell v. Orleans Regional Hospital LLC, 217 F.3d 379 (5th Cir. 2000)
- Honda Motor Co., Ltd. v. Oberg, 512 U.S. 415 (1994)
- Houston Lighting & Power Co. v. Auchan USA, 995 S.W.2d 668 (Tex. 1999)
- Humana, Inc. v. Kissun, 471 S.E.2d 514 (Georgia App. 1996)
- Hurley v. Atlantic City Police Department, 933 F.Supp. 396, aff'd 174 F.3d 95 (3rd Cir. 1999)
- In re Illinois Bell Switching Litig., 641 N.E.2d 440 (Ill. 1994)
- In re Michigan Carpenters Council Health & Welfare Fund v. C.J. Rogers, Inc., 933 F.2d 376 (6th Cir. 1991)
- In re Phillips Petroleum Sec. Litig., 738 F.Supp. 825 (D. Del. 1990)
- In re Reading Co., 711 F.2d 509 (3rd Cir. 1983)
- Inter-Continental Corp. v. Moody, 411 S.W.2d 578 (Tex. Civ. App. 1966)
- Iron City Sand & Gravel v. West Fork Towing Corp., 298 F.Supp. 1091 (N.D.W.Va. 1969)
- Jablonski v. Klemm, 377 N.W.2d 560 (N.D. 1985)
- Jardel Co., Inc. v. Hughes, 523 A.2d 518 (Del. 1987)
- Johannsen v. Combustion Engineering, Inc., 170 F.3d 1320 (11th Cir. 1999)
- Jones v. Wal-Mart Stores, Inc., 870 F.2d 982 (5th Cir. 1989)
- Kansas Gas & Electric Co. v. Ross., 521 N.W.2d 107 (S.D. 1994)
- Kerndt v. Rolling Hills Nat'l Bank, 558 N.W.2d 410 (Iowa 1997)
- Knowles ex rel. Knowles v. United States, 544 N.W.2d 183 (1996)
- Kramer v. Keys, 643 F.2d 382 (5th Cir. 1981)
- Kvassay v. Murray, 808 P.2d 896 (Kan. App. 1991)
- Labadie Coal Co. v. Black, 672 F.2d 92 (D.C. Cir. 1982)
- Laborers' Pensions Trust Fund v. Weinberger Homes, Inc., 872 F.2d 702 (6th Cir. 1988)
- Laird v. Capital Cities/ABC, Inc., 80 Cal. Rptr.2d 454 (1998)
- Larimore v. Hospital Corp. of Am., 514 So.2d 840 (Ala. 1987)
- Lawlor v. District of Columbia, 758 A.2d 964 (D.C. App. 2000)
- Lawton v. Temple-Warren Food, Inc., 416 S.E.2d 527 (Georgia 1992)
- Laya v. Erin Homes, 352 S.E.2d 93 (W.Va. 1986)
- Leddy v. Standar Drywall, Inc., 875 F.2d 383 (2nd Cir. 1989)
- Lee v. Edwards, 101 F.3d 805 (2nd Cir. 1996)
- Le Jeune v. Allstate Ins. Co., 373 So.2d 212 (La. App. 1979)
- Liriano v. Hobart Corp., 170 F.3d 264 (2nd Cir. 1999)
- Litchfield Asset Management v. Howell, 2000 WL 1 785 122 (Conn. Super.)
- Littlefield v. Schaefer, 955 S.W.2d 272 (Tex. 1997)
- Louis K. Liggett Co. v. Lee, 288 U.S. 517 (1933)
- Lowell Staats Mining Co. v. Pioneer Uravan, Inc., 878 F.2d 1259 (10th Cir. 1989)
- Lowendahl v. Baltimore & Ohio Railroad, 287 N.Y.S. 62 (App. Div.), aff'd 6 N.E.2d 56 (N.Y. 1936)
- Lumax Indus., Inc. v. Aultman, 669 A.2d 893 (Pennsylvania 1995)
- Main Bank of Chicago v. Baker, 427 N.E.2d 94 (Ill. 1981)
- Martin v. American Medical Systems, Inc., 116 F.3d 102 (4th Cir. 1997)
- Martin Marietta Corp. v. International Telecommunications Satellite Org., 991 F.2d 94 (4th Cir. 1993)
- McCoy v. Wean United, Inc., 67 F.R.D. 495 (D. Tenn. 1975)
- McDonough Marine Service v. Doucet, 694 So.2d 305 (La. App. 1998)
- McFadden v. Tate, 85 N.W.2d 181 (Mich. 1957)
- McGraw-Edison Co. v. Northeastern Rural Elec. Membership Corp., 678 N.E.2d 1120 (Ind. 1997)
- McKibben v. Mohawk Oil Co., 667 P.2d 1223 (Alaska 1983)
- Medina v. Four Winds International Corp., 111 F.Supp.2d 1164 (D. Wyoming 2000)
- Messick v. PHD Trucking Service, Inc., 678 P.2d 791 (Utah 1984)
- Metropolitan Property & Gas Ins. Co. v. Budd Morgan Cent. Station Alarm Co., 95 F.Supp.2d 118 (E.D.N.Y. 2000)
- Michigan Nat. Bank v. St. Paul Fire & Marine Ins. Co., 566 N.W.2d 7 (Mich. App. 1997)
- Mill & Elevator Mutual Ins. Co. v. Barzen

- International, Inc., 553 N.W.2d 446 (Minnesota App. 1996)
- Miller v. Dixon Indus. Corp., 513 A.2d 597 (Rhode Island 1986)
- Mills v. USA Mobile Communications, Inc., 438 S.E.2d 1 (W.Va. 1993)
- Miners, Inc. v. Alpine Equipment Corp., 722 A.2d 691 (Pennsylvania Super. 1998)
- Minnesota Mining & Mfg. Co. v. Eco Chemicals, Inc., 757 F.2d 1256 (Fed. Cir. 1985)
- Minton v. Caveney, 364 P.2d 473 (Cal. 1961)
- Moore v. Mobile Infirmary Assn., 592 So.2d 156 (Ala. 1991)
- Montgomery Health Care Facility, Inc. v. Ballard, 565 So. 221 (Ala. 1990)
- Morgan v. Burks, 611 P.2d 751 (Wash. 1980)
- Morganroth v. DeLean, 123 F.3d 374 (6th Cir. 1997)
- Morris v. Savoy, 576 N.E.2d 765 (Ohio 1991)
- Multimedia Publishing of South Carolina, Inc. v. Mullins, 431 S.E.2d 569 (South Carolina 1993)
- Murphy v. Danburg Car-Cam Uni Corp., 2001 WL 358 862 (Conn. Super)
- Murphy v. Edmonds, 601 A.2d 102 (Md. 1992)
- Murrat v. F/V Shelikof Strait, 793 P.2d 69 (Alaska 1990)
- Naquin v. Fluor Daniel Services Corp., 935 F.Supp. 847 (E.D. La. 1996)
- Nation Enterprises v. Enersyst, Inc., 749 F.Supp. 1506
- New Light Co. v. Wells Fargo Alarm Servs., 611 N.E.2d 25 (Neb. 1994)
- Nippon Fire & Marine Ins. Co., Ltd. v. Skyway Freight Systems, Inc., 235 F.3d 53 (2nd Cir. 2000)
- Norhawk Inv., Inc. v. Subway Sandwich Shops, Inc., 811 P.2d 221 (Wash. 1991)
- Normand v. Orkin Exterminating Co., Inc., 193 F.3d 908 (7th Cir. 1999)
- O'Connor v. Papertisian, 131 N.E.2d 883 (N.Y. 1959)
- Pacific Mutual Life Insurance v. Haslip, 499 U.S. 1 (1991)
- Pampillonia v. RJR Nabisco, Inc., 138 F.3d 459 (2nd Cir. 1998)
- Panamerican Mineral Services, Inc. v. KLS Enviro Resources, Inc., 916 P.2d 986 (Wyoming 1996)
- Pauley Petroleum, Inc. v. Continental Oil Co., 239 A.2d 629 (Del. 1968)
- People v. V & M Industries, 700 N.E.2d 746 (Ill. App. 5 Dist. 1998)
- Pepsi-Cola Metro Bottling Co. v. Checkers, Inc., 754 F.2d 1 (1st Cir. 1985)
- Pierson v. Jones, 625 P.2d 1085 (Idaho 1981)
- Pittsburgh, C.C. & St.L. Railway v. Kinney, 115 N.E. 505 (Ohio 1916)
- Polaris Industries Corp. v. Kaplan, 747 P.2d 884 (Nevada 1987)
- Primrose v. Western Union Tel. Co., 154 U.S. 1 (1894)
- Purcell v. Asbestos Corp., 959 P.2d 89 (Oregon App. 1998)
- Radszewski v. Contrux, Inc., 891 F.2d 672 (8th Cir. 1989)
- Rassa v. Rollins Protective Services Co., 30 F.Supp. 2d 538 (D. Md. 1998)
- Refco, Inc. v. Farm Product Ass'n, 844 F.2d 525 (8th Cir. 1988)
- Riley v. Ford Motor Co., 442 F.2d 670 (5th Cir. 1971)
- Ritchie Enterprises v. Honeywell Bull, Inc., 730 F.Supp. 1041 (D. Kan. 1990)
- Roberts v. Kettelle, 356 A.2d 207 (R.I. 1976)
- Robinson v. Cattarangus County, 147 F.3d 153 (2nd Cir. 1998)
- Robinson v. Charleston Area Medical Center, Inc., 414 S.E.2d 877 (W.Va. 1991)
- Ross v. Coleman Co., Inc., 761 P.2d 1169 (Idaho 1988)
- Rotella v. Derner, 670 N.Y.S.2d. 154 (N.Y. App. 1998)
- Russo v. Hilltop Lincoln-Mercury, Inc., 479 S.W.2d 211
- Salomon v. Betras Plastics, Inc., 550 So.2d 1182 (Fla. App. 1989)
- Salt Lake City Corp. v. James Constructors, 761 P.2d 42 (Utah App. 1988)
- Say & Say, Inc. v. Ebershoff, 25 Cal. Rptr.2d 703 (Cal. App. 2 Dist. 1993)
- Schurtz v. BMW of North America, Inc., 814 P.2d 1108 (Utah 1991)
- Scott v. AZL Resources, Inc., 753 P.2d 897 (New Mexico 1988)
- Scott v. Plante, 641 F.2d 117 (3rd Cir. 1981)
- Scully Signal Co. v. Joyal, 881 F.Supp. 727 (D.R.I. 1995)
- Seasword v. Hilti, Inc., 537 N.W.2d 221 (Mich. 1995)
- Seitsinger v. Dockum Pontiac, Inc., 894 P.2d 1077 (Oklahoma 1995)
- 711 Kings Highway Corp. v. F.I.M.'s Marine Repair Service, Inc., 273 N.Y.S.2d 299 (Sup. Ct. 1966)
- 66, Inc. v. Crestwood Commons Redevelopment Corp., 998 S.W.2d 32 (Mo. 1999)

- Skidmore, Owings & Merrill v. Canada Life Assurance Co., 706 F.Supp.758 (D. Colorado 1989)
- Smith v. Department of Insurance, 507 So.2d 1080 (Fla. 1987)
- Smith v. Merchant Enterprises, Inc., 791 P.2d 354 (Alaska 1990)
- Smith v. Printup, 866 P.2d 985 (Kansas 1993)
- Smith v. Schulte, 671 So.2d 1334 (Ala. 1995)
- Smithour v. American Dream Enterprises, 778 P.2d 302 (Colorado App. 1989)
- Sofie v. Fibreboard Corp., 771 P.2d 711 (Wash. 1989)
- Sommer v. Federal Signal Corp., 593 N.E.2d 1365 (N. Y. 1992)
- Southern Sach Sales Supply Co., Inc. v. Wiley, 631 So.2d 968 (Ala. 1994)
- Southwestern Sugar & Molasses Co. v. River Terminals Corp., 360 U.S. 441 (1959)
- Spokane Truck Co. v. Hofer, 25 P. 1072 (Wash. 1891)
- Staphin v. Maritime Overseas Corp., 519 F.2d 969 (2nd Cir. 1975)
- Starfish Condominium Association v. Yorkridge Service Corp., 458 A.2d 805 (Md. App. 1983)
- Statesville Stained Class, Inc., v. TE Lane Constructions & Supply Co., Inc., 430 S.E.2d 437 (N.C. App. 1993)
- Stochastic Decisions, Inc. v. DiDomenico, 565 A.2d 1133 (N.J. Super. 1989)
- Straub v. Mountain Trails Resort, Inc., 770 P.2d 1321 (Colorado App. 1988)
- Strothman v. Integrity Builders, Inc., 668 N.E.2d 279 (Indiana 1996)
- Sturkie v. Sifly, 313 S.E.2d 316 (South Carolina App. 1984)
- Sun Oil Co. v. Dalzell Towing Co., Inc., 287 U.S. 291 (1934)
- Tanzini v. Marine Midland Bank, N.A., 978 F.Supp. 70 (N.D.N.Y. 1997)
- Terren v. Butler, 597 A.2d 69 (N.H. 1991)
- Texas Industries, Inc. v. Lucas, 634 S.W.2d 748 (Tex. Ct. App. 1982)
- Theberge v. Darbro, Inc., 684 A.2d 1298 (Me. 1996)
- The Steamboat Syracuse v. Langley, 12 Wallace 167, 20 L.Ed. 382 (1871)
- Thomas Berkeley Consulting Engineer, Inc. v. Zerman, 911 S.W.2d 692 (Minn. App. 1995)
- Thorne Welk Inv., Inc., 197 F.3d 1205 (8th Cir. 1999)
- Transamerica Cash Reserve, Inc. v. Dixie Power & Water, Inc. 789 P.2d 24 (Utah 1990)
- Troyer v. Webster Homes, Inc., 566 So.2d 114 (La. App. 5 Cir. 1990)
- Turkish v. Kasenez, 27 F.3d 23 (2nd Cir. 1994)
- TXO Production Corp. v. Alliance Resources Corp., 509 U.S. 443 (1993)
- Uncle John's of Hawaii v. Mid Pacific Restaurants, 794 P.2d 614 (Hawaii 1990)
- University of Miami v. Echarte, 618 So.2d 189 (Fla. 1993)
- U.S. v. BestFoods, 524 U.S. 51 (1998)
- U.S. v. Carroll Towing Co., 159 F.2d 169, 173 (2nd Cir. 1947)
- U.S. v. Jon-T Chemicals, Inc., 768 F.2d 686 (5th Cir. 1985)
- U.S. v. Kennesaw Mountain Battlefield Ass'n, 99 F.2d 830 (5th Cir. 1938)
- U.S. v. Pisani, 646 F.2d 83 (3rd Cir. 1981)
- U.S. v. Thomas, 515 F.Supp 1351 (W.D. Tex. 1981)
- U.S. v. Van Diviner, 822 F.2d 960 (10th Cir. 1987)
- U.S. Equal Employment Opportunity Comm'n v. Massey Yardley Chrysler Plymouth, Inc., 117 F.3d 1244 (11th Cir. 1997)
- U.S. Fibres, Inc. v. Proctor & Schwartz, Inc., 509 F.2d 1043 (6th Cir. 1975)
- USP Real Estate Development Trust v. Discount Auto Parts, Inc., 570 So.2d 386 (Fla. App. 1 Dist. 1990)
- Veterans Auto Sales & Leasing Co. v. Poole, 649 So.2d 264 (Fla. App. 5 Dist. 1994)
- Vratsenes v. N.H. Auto, Inc., 289 A.2d 66 (N.H. 1972)
- Wackenhut Applied Technologies Center, Inc. v. Sygnatron Protection Systems, Inc., 979 F.2d 980 (4th Cir. Va. 1992)
- Walkowski v. Carlton, 223 N.E.2d 6 (N. Y. 1966)
- Wankesha Foundry, Inc. v. Industrial Engineering, Inc., 91 F.3d 1002 (7th Cir. 1996)
- Wasau Business Insurance Co. v. Turner Construction Co., 2001 WL 427 344 (S.D.N.Y.)
- Waterbury Petroleum v. Canaan Oil & Fuel Co., Inc., 477 A.2d 988 (Conn. 1984)
- Wenzel v. Boyles Calvinizing Co., 920 F.2d 778 (11th Cir. 1991)
- West. v. Costen, 558 F.Supp. 564 (W.D. Va. 1983)
- Western Union Tel. Co. v. Esteve Bros. Co., 256 U.S. 566 (1921)
- White v. Winchester Land Development Corp., 584 S.W.2d 56 (Ky. App. 1979)

Wilkerson v. Altizer, 845 S.W.2d 744 (Tenn.
App. 1992)
Wise v. Daniel, 190 N.W. 746 (Mich. 1922)
Wolf v. Walt, 530 N.W.2d 890 (Nebraska
1995)

Woodyard v. Arkansas Diversified Insurance
Co. 594 S.W.2d 13 (Ark. 1980)
Zaist v. Olson, 227 A.2d 552 (Conn. 1967)
Zubik v. Zubik, 384 F.2d 267 (3rd Cir. 1967)

Sachregister

Abschlußprüfer

- Haftungsgrenzen 10

Absenderhaftung s. Transportrecht

AGB-Richtlinie s. Europäisches Richtlinienrecht

Aktiengesellschaft

- Eigenkapitalersatzrecht 211f.
- Kapitalaufbringungsrecht 197f.
- Kapitalerhaltungsrecht 199
- Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung im europäischen Recht 126f.

Aktienkonzern

- Haftung im A. 222f.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

- Beurteilung von Haftungsbeschränkungen in AGB allgemein 242
- Beschränkbarkeit der Arzthaftung in AGB 330
- Beschränkbarkeit der Verkäuferhaftung in AGB 300ff.
- AGB-Festigkeit der Transporthaftung 386ff.
- Beschränkbarkeit der Werkunternehmerhaftung 342ff.
- Fortschreibung des bisherigen AGB-Rechts durch die Schuldrechtsreform 248
- Verfassungswidrigkeit des Verbots formularmäßiger Begrenzung der Haftung für grobe Fahrlässigkeit 246ff.
- Verfassungswidrigkeit des Verbots formularmäßiger Begrenzung der Körperschadenhaftung 251ff., 254f.
- Verfassungswidrigkeit des Verbots formularmäßiger Begrenzung der Zusicherungshaftung 301f., 345
- s.a. Europäisches Richtlinienrecht

Anlegerschutz

- als Sinn und Zweck des gesetzlichen Mindestfonds bei Kapitalgesellschaften 202

Anwaltshaftung s. Rechtsanwaltschaft

Arglisthaftung

- Unzulässigkeit der Haftungsbeschränkung 274, 295f., 296f., 341

Arzthaftung

- Grundsätze der A. 319f.

- Begrenzung in AGB 330f.

- Begrenzung im ausgehandelten Individualvertrag 327ff.

- Höhe der Mindesthaftung 331

- institutionelle Beschränkbarkeit 320ff.

- Verfassungswidrigkeit eines Rechtsformtotalverbots für ambulante Heilbehandlung 322ff.

- vertragsadäquate Beschränkbarkeit 326ff.

- USA 64ff.

Bankenhaftung

- geschäftsadäquate Beschränkbarkeit der B. allgemein 366ff.

- Beschränkbarkeit bei Auslandsüberweisung 372ff.

- gesetzliche Garantiehaftung im Überweisungsrecht 368ff.

- Beschränkbarkeit im Girovertragsrecht 237, 376

- Haftungsgrundlagen 366f., 368ff.

- Besonderheiten der persönlichen Reichweite des institutionellen Haftungsprivilegs 190

- Beschränkbarkeit im Überweisungsrecht 237, 368ff.

Bedingter Vorsatz s. Qualifizierte Pflichtwidrigkeit, Vorsatz

Beförderung s. Personenbeförderung

Begriffe 3ff.

Beherbergungshaftung 415ff., 433

- Beschränkbarkeit der B. 415, 416ff.

- für eingebrachte Sachen 416ff.

- gesetzliche Höchstgrenzen 417

- Regeln der B. 415f.

- verfassungskonforme Auslegung des Verbots vorherigen Haftungserlasses 418f.

- s.a. Gastwirthaftung

Berufshaftpflichtversicherung s. Haftpflichtversicherung

BGB-Gesellschaft s. Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Billigkeitshaftung

- Reduktion nach §242 BGB 9

Bundesverfassungsgerichtsrechtsprechung

- zu Bürgschaften naher Familienangehöriger 164f.
 - zur notariellen Freistellung von Unterhaltsansprüchen 165
 - zu den Grenzen materiellrechtlicher Haftungsbegründung 162ff.
 - zum Verhältnis von Europarecht und deutschem Verfassungsrecht 135, 139f., 254
- Cheapest insurer
- Unhaltbarkeit der These von der zwingenden Haftung des c. 264f.
- Commenda
- im mittelalterlichen Recht 32, 43
 - im frühen englischen Recht 86
 - limited partnership als Pendant im US-Recht 88
- Condemnatio pecuniaria 22, 23
- Culpa in contrahendo
- Absenderhaftung aus c.i.c. 381
 - Bankenhaftung aus c.i.c. 368
 - persönliche Haftung des für die juristische Person Handelnden aus c.i.c. 195, 215
 - Haftung des Reiseveranstalters aus c.i.c. 420
 - Verkäuferhaftung aus c.i.c. 285, 289f., 291, 305f.
 - Werkunternehmerhaftung aus c.i.c. 336
- Darlehen
- als Urform der Haftungsbeschränkung 21f., 24
- Deliktshaftung
- grundsätzliche Beschränkbarkeit 239f.
 - des Absenders im Transportrecht 381
 - des Reiseveranstalters 420
 - des Verkäufers 286f., 289f., 305f.
 - des Werkunternehmers 337
- Dienstvertrag 309ff., 431
- selbständiger D. als Untersuchungsgegenstand 309f.
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen allgemein 314ff.
 - Haftungssystem bei Leistungsstörungen im D. 311f.
 - nicht realisierte Reformvorschläge 317
 - Richtlinienentwurf zur Dienstleistungshaftung 312f., 318f.
 - Beschränkbarkeit der Schutzpflichthaftung im D. 315ff.
 - s.a. Arzthaftung
- Dividendenbeschränkungen
- im US-Gesellschaftsrecht 90f.
- Drittverhältnisse
- Beschränkbarkeit der Haftung für das Verhalten Dritter 265ff.
 - Haftungsbeschränkung zugunsten Dritter 268f.
 - s.a. Erfüllungsgehilfen, gesetzliche Vertreter, verfassungsmäßig berufene Vertreter, Verrichtungsgehilfen
- Durchgriffshaftung
- allgemein 4
 - Anknüpfung im deutschen IPR 147
 - aufgrund von Beherrschung 100, 221ff.
 - dogmatische Diskussion 216ff.
 - und Durchgriff 214
 - im europäischen Rechtsvergleich 129ff.
 - Fallgruppen 219ff.
 - Funktion 215
 - als Grenze der institutionellen Haftungsbeschränkung 213ff.
 - aufgrund Institutsmißbrauchs? 226
 - bei Limited Liability Companies 110
 - ökonomische Analyse 54ff.
 - Rechtsfolgen des Haftungsdurchgriffs 227f.
 - als Folge des Sitzwechsels nach der internationalprivatrechtlichen Sitztheorie 149f.
 - wegen Unterkapitalisierung 99f., 102, 108ff., 195, 209, 220f., 224ff., 227, 323
 - in den USA 90, 97ff.
 - wegen Vermögensvermischung 100
 - Würdigung des Durchgriffsrechts 228f.
- Durchgriffslehre 216f.
- Durchgriffsrichtung 214f.
- Eigenkapitalersatzrecht 203ff.
- der Aktiengesellschaft 211f.
 - Schwierigkeit dogmatischer Einordnung 205f.
 - als Durchgriffshaftung 206
 - Entsperrung? 210f.
 - der GmbH 207ff.
 - Grenzen 212f.
 - Grundbegriffe 203f.
 - Funktion 204
 - Kreis der eigenkapitalersetzenden Geschäfte 209f.
 - innere Rechtfertigung 207
 - Verhältnis von Gesetzes- und Richterrecht 207ff.
- Eigenschaftszusicherung
- Haftung des Reiseveranstalters aus E. 419
 - Verkäuferhaftung aus E. 284, 290f.
 - Werkunternehmerhaftung aus E. 335, 338
 - individualvertragliche Begrenzbarkeit der

- Haftung aus E. im Kaufrecht 239, 293ff., 297ff.
- individualvertragliche Begrenzbarkeit der Haftung aus E. im Werkrecht 341
- formularvertragliche Begrenzbarkeit der Haftung aus E. im Kaufrecht 300ff., 303f.
- formularvertragliche Begrenzbarkeit der Haftung aus E. im Werkrecht 343ff., 346
- s.a. Garantiehaftung
- Einfache Fahrlässigkeit
- Begrenzbarkeit der Haftung allgemein 245
- Haftungsbegrenzungen von Rechts- und Wirtschaftsberatern 354ff.
- Einpersonengesellschaft
- europarechtliche Garantie 128f.
- Zulässigkeit von Limited Liability Companies als E. in den USA 93, 95
- Haftungsdurchgriff im US-Bundesrecht 103
- Einwilligung
- rechtfertigende 5
- Einzelunternehmen mit beschränkter Haftung
- Liechtenstein 95, 189
- Portugal 95, 128, 189
- England
- Durchgriffshaftung 130f.
- Unfair Contract Term Act 118
- Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 117f.
- Equitable subordination
- im US Insolvenzrecht 97, 206
- s.a. Eigenkapitalersatzrecht
- Equity
- Ursprung von Rechtsbehelfen in den USA 97, 104
- Bedeutung für die Unwirksamkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen in England 118
- Erfüllungsgehilfen
- Beschränkung der Haftung für das Verhalten von E. 265ff.
- Erie-Doktrin 71
- Europa 115ff., 429
- Rechtsvergleich zur institutionellen Haftungsbeschränkung 126ff.
- Rechtsvergleich zur vertraglichen Haftungsbeschränkung 116ff.
- Europäische Grundrechtecharta
- feierliche Proklamation 135
- als Quelle europäischer Grundgarantien 138f.
- Europäische Menschenrechtskonvention
- als europäische Grundgarantie 136
- Verhältnis zur Grundrechtecharta 138f.
- Europäisches Richtlinienrecht
- Einpersonen-GmbH Richtlinie 128f., 142f.
- Kapitalrichtlinie 126f.
- Klauselrichtlinie 116, 120, 143, 251ff., 273, 330, 355f., 358, 374f.
- Pauschalreiserichtlinie 117, 422f., 425
- Produkthaftungsrichtlinie 117, 143, 276f.
- Überweisungsrichtlinie 371
- Verbrauchsgüterkaufrichtlinie 116, 273, 291f.
- Europäisches Zivilgesetzbuch
- Vorarbeiten des Europäischen Parlaments 125f.
- Europäisierung des Privatrechts 41, 115
- Europarecht
- Bedeutung 115
- Grundfreiheiten des EG-Vertrages mit Bezug zur Beschränkbarkeit der Haftung 137
- grundfreiheitenkonforme Auslegung von Richtlinienrecht 253f., 276f., 422f.
- Vorgaben der EU-Grundgarantien für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 134ff.
- Grundrechtserklärungen von Gemeinschaftsorganen 137f.
- Fahrlässigkeit
- s. einfache Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit
- Fallbeispiele
- zur Veranschaulichung der Thematik 17f.
- Fiktionstheorie
- im deutschen Gesellschaftsrecht 185
- und Normanwendungstheorie als Spiegelbilder 218f.
- Parallele im US-Gesellschaftsrecht 98
- Frankreich
- Durchgriffshaftung 131f.
- Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 119f.
- Freie Berufe
- Besonderheiten des institutionellen Haftungsprivilegs 191f.
- vertragliche Haftungsbeschränkung bei Sozietäten 359ff.
- Gründung von LLC in den USA 92f.
- s.a. Arzthaftung, Rechtsanwaltschaftung, Steuerberaterhaftung, Wirtschaftsprüferhaftung

- Fraudulent conveyance
 – Begriff 97
- Friedlosigkeit
 – als Vorläufer der Vollstreckung 26
- Garantiefonds im Kapitalgesellschaftsrecht
 – Grundsätze des Gläubigerzugriffs 192ff.
 – Ergänzung durch persönliche Handlendenhaftung 195f.
 – Sinn und Zweck 201ff.
 – s.a. Kapitalaufbringung, Kapitalerhaltung, Mindesthaftung
- Garantiehftung
 – im reformierten Kaufrecht 290f.
 – Beschränkbarkeit nach der Schuldrechtsreform 297ff.
 – summenmäßig begrenzte G. im Überweisungsrecht 368ff.
 – Beschränkbarkeit in den USA 77, 82f.
 – s.a. Eigenschaftszusicherung
- Gastwirthaftung
 – nach Produkthaftungsgrundsätzen 275ff.
 – s.a. Beherbergungsrecht
- Gepäckschadenhaftung
 – beförderungsrechtliche Höchstgrenzen 405, 408f., 410, 411f., 413f., 415
 – Begrenzbarkeit im Reiserecht 423ff.
- Gerichtsstandsvereinbarungen 6
- Germanisches Recht 26f.
- Gesamthaftungsbeschränkung
 – bei Seefracht und Binnenschiffahrtsfracht 398
 – s.a. Haftungsfonds
- Geschäftsadäquanz der Haftungsbeschränkung
 – als allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzung 232ff.
 – Besonderheiten 269ff.
 – eingeschränkte Prägekraft des Geschäftstyps und Geschäftsvolumens beim Erhaltungsinteresse 239ff.
 – Grundparameter zur Beurteilung der G. 234f.
 – in Individualvertrag und allgemeinen Geschäftsbedingungen 242
 – Orientierungsgrößen bei der Bestimmung der Haftungsbeträge 236f.
 – sachliche und persönliche Reichweite des Grundsatzes 238
 – und Schadensart 255f.
 – Verwirklichung des Grundprinzips im allgemeinen Haftungs- und Vertragsrecht 241ff.
 – und die Vorhersehbarkeit und Vertragstypizität des Schadens 256f.
- s.a. bei den einzelnen Vertragstypen
 Geschäftsbesorgungsrecht 348ff., 431f.
 – Bedeutung des G. 348f.
 – grundsätzliche Zulässigkeit geschäftsadäquater Haftungsbeschränkung 349f.
 – s.a. Bankenhaftung Rechtsanwaltschaft, Steuerberaterhaftung Wirtschaftsprüferhaftung
- Geschichte 19ff., 428
 – Europäisierung des Privatrechts 41
 – gemeinsames Recht 32ff.
 – germanisches Recht 26ff.
 – Kodifikationszeitalter 39
 – mittelalterliches Recht 29ff.
 – Partikularrechte 36ff.
 – römisches Recht 20ff.
 – der institutionellen Haftungsbeschränkung im anglo-amerikanischen Recht 85ff.
 – Würdigung der geschichtlichen Entwicklung 42ff.
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts
 – Rechtsfähigkeit 359
 – s.a. Partnerschaftsgesellschaft, Sozietät
- Gesetzliche Haftungsbeschränkungen
 – Überblick über das deutsche Recht 9ff.
 – als Maßstab für die Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkung 236
 – im Personenbeförderungsrecht 404ff.
 – im Transportrecht 382ff.
 – im Überweisungsrecht 368ff.
- Gesetzlicher Vertreter
 – Beschränkung der Haftung für das Verhalten des g. V. 265ff.
 – verfassungsrechtliche Grenzen der Verpflichtungsmacht des g. V. 162f.
- Gestaltungsspielraum
 – des Gesetzgebers bei der Festlegung von Mindest- und Höchsthaftung 233f.
 – der Vertragsparteien bei der Haftungsbeschränkung 234
- Girovertragsrecht s. Bankenhaftung
- Gläubigerschutz
 – als Sinn und Zweck der gesellschaftsrechtlichen Mindesthaftung 201f.
- Gleichheitssatz
 – des deutschen Verfassungsrechts und die Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkungen 172ff., 179ff., 183
 – europarechtlicher G. und die Zulässigkeit vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkungen 142f.
 – Unvereinbarkeit eines Rechtsformtotalverbots bei ambulanter Heilbehandlung mit dem G. 324ff.

- GmbH
- Eigenkapitalersatzrecht 207ff.
 - Kapitalaufbringungsrecht 198f.
 - Kapitalerhaltungsrecht 200f.
 - Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung im europäischen Recht 127f.
- GmbH-Konzern s. qualifizierter faktischer GmbH-Konzern
- Gradus executionis 23
- Grobe Fahrlässigkeit
- Begrenzbarkeit der Haftung für grobe Fahrlässigkeit allgemein 245ff.
 - Begrenzbarkeit der Arzthaftung 329f.
 - Begrenzbarkeit der Bankenhaftung im Überweisungsrecht 376
 - Begrenzbarkeit der Rechts- und Wirtschaftsberaterhaftung 356ff.
 - Begrenzbarkeit der Gepäckschadenhaftung im Reiserecht 423ff.
 - s.a. Qualifizierte Pflichtwidrigkeit
- Gründungstheorie
- im internationalen Gesellschaftsrecht der USA 94, 112ff.
 - rechtsvergleichende Bestandsaufnahme 148f.
 - s.a. Internationales Privatrecht, Sitztheorie
- Gütertransportrecht s. Transportrecht
- Haftpflichtversicherung
- Bedeutung bestehender H. für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 258f.
 - obligatorische H. und Beschränkbarkeit der Haftung 272
 - des Arztes als Voraussetzung wirksamer Haftungsbegrenzung 327f.
 - s.a. Versicherbarkeit, Versicherungsschutz
- Haftungsbeschränkung, institutionelle s. Institutionelle Haftungsbeschränkung
- Haftungsbeschränkung, vertragliche 231ff., 430f.
- Geschäftsadäquanz als Wirksamkeitsvoraussetzung 232ff., s.a. dort
 - Grenzen der Zulässigkeit 273ff.
 - europäische Grundgarantie 140f., 142f.
 - ökonomische Analyse 52ff.
 - im europäischen Rechtsvergleich 116ff.
 - Thesen zur Zulässigkeit 277ff.
 - in den USA 75ff.
 - Möglichkeit zur H. als Verfassungsgarantie 165ff.
 - allgemeine Zulässigkeitsgrenzen deutschen Rechts 12
 - besondere Zulässigkeitsgrenzen deutschen Rechts 12
- Haftungsdurchgriff s. Durchgriffshaftung
- Haftungsfonds
- zur Haftungsbeschränkung in der Binnenschifffahrt 4, 398
 - zur Haftungsbeschränkung in der Seefahrt 4, 398
 - s.a. Garantiefonds, Kapitalaufbringung und -erhaltung, Mindesthaftung
- Haftungshöchstbeträge
- gesetzliche im deutschen Recht 9ff.
 - vertragliche s. Haftungsbeschränkung
- Haftungskonzentration
- auf einzelne beratende Partner 360ff.
 - s.a. Freie Berufe, Haftungsbeschränkung, Sozietät
- Haftungsprivileg
- institutionelles, s. institutionelle Haftungsbeschränkung
- Handelndenhaftung
- bei der juristischen Person 195f.
- Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens
- besondere Anforderungen an die Mindesthaftung 270f.
- Inhaltskontrolle vertraglicher Haftungsbeschränkungen
- in geschichtlicher Perspektive 41
 - und Gestaltungsspielraum der Vertragsparteien 234
 - in den USA 75ff.
- Institutionelle Haftungsbeschränkung 184ff., 430
- Begriff 3f., 184
 - Besonderheiten im Arzthaftungsrecht 320ff.
 - grundsätzliche Zulässigkeit im einfachen Recht 16
 - als europäische Grundgarantie 141, 142f.
 - im europäischen Rechtsvergleich 126ff.
 - in der Geschichte 36, 38
 - Haftungsdurchgriff als Grenze 213ff.
 - und juristische Personifizierung 184ff., 188ff.
 - in der ökonomische Analyse 54ff.
 - persönliche Reichweite 192
 - sachliche Reichweite 190ff.
 - in den USA 85ff.
 - verfassungsrechtliche Gewährleistung und Grenzen 174ff., 178f.
- Institutsmissbrauch
- als Durchgriffsgrund? 226
- Internationales Privatrecht
- deutsches internationales Gesellschaftsrecht 146ff.

- deutsches internationales Vertragsrecht 143ff.
- deutsches IPR der Haftungsbeschränkung in Europa 143ff.
- der vertraglichen Haftungsbeschränkung in den USA 111f., 113
- der institutionellen Haftungsbeschränkung in den USA 112ff.
- Qualifikation der institutionellen Haftungsbeschränkung 146ff.
- s.a. Sitztheorie
- Italien
 - Durchgriffshaftung 132
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 121
- Juristische Person
 - Durchgriffslehre und Theorie der j. P. 218f.
 - geschichtliche Entwicklung 36, 38, 39f.
 - und institutionelle Haftungsbeschränkung 184ff., 188ff.
 - Hauptfunktion der juristischen Personifizierung 188, 189f.
 - Theorien der j. P. im deutschen Recht 184ff., 218f.
 - verfassungsrechtliche Gewährleistung 175ff.
 - Durchgriffshaftung und Theorie der j. P. in den USA 97f.
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkung durch j. P. 241
- Jury s. USA
- Kapitalaufbringung
 - Grundzüge im GmbH- und Aktienrecht 196ff.
 - im europäischen Recht 126ff.
 - Umgehungsschutz durch Haftungsdurchgriff bei Vermögensvermischung 219f.
- Kapitalausstattung s. Mindestkapitalisierung
- Kapitalerhaltung
 - im europäischen Recht 126ff.
 - Umgehungsschutz durch Haftungsdurchgriff bei Vermögensvermischung 219f.
- Kardinalpflichten
 - Beschränkung der Haftung für die Verletzung von K. 244f.
- Kaskoversicherung
 - Irrelevanz tatsächlich bestehender K. für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 262
 - s.a. Versicherbarkeit
- Kaufrecht 282ff., 431
 - System der Verkäuferhaftung nach altem und neuem Schuldrecht 283ff., 288ff.
 - Beschränkbarkeit der Verkäuferhaftung im ausgehandelten Individualvertrag 292ff.
 - Beschränkbarkeit der Verkäuferhaftung in AGB 300ff.
 - s.a. culpa in contrahendo, Deliktshaftung, positive Forderungsverletzung, UN-Kaufrecht, Verbrauchsgüterkauf
- Körperschadenhaftung
 - Begrenzbarkeit der Körperschadenhaftung allgemein 250ff.
 - gesetzliche Höchstgrenzen im deutschen Recht 236, 404f., 406f., 409f., 411, 412f., 414
 - Begrenzbarkeit im Reiserecht 421ff.
 - gesetzliche Höchstgrenzen in den USA 64ff.
- Kollisionsrecht s. Internationales Privatrecht
- Konnossement 13
- Krankenhaustaftung s. Arzthaftung
- Lagerhaltungsrecht 398ff., 432
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen im deutschen L. 398ff., 400
 - Haftungsbeschränkung im englischen L. 118
 - Haftungssystem 399f.
 - Verfassungswidrigkeit der unbegrenzbaren Haftung gegenüber Verbrauchern 400
- Leistungsstörungenrecht
 - und Kaufgewährleistungsrecht nach der Schuldrechtsreform 288ff.
- Limited Liability Company (LLC)
 - dogmatische Einordnung 95f.
 - als Gesellschaftsform im US-Recht 88, 91ff.
 - Durchgriffshaftung 110f.
- Limited Liability Partnership
 - als Gesellschaftsform im US-Recht 88, 96
- Materielle Unterkapitalisierung s. Unterkapitalisierung
- Mindesthaftung
 - Höhe der M. als Kernproblem der Haftungsbeschränkung 229
 - Wahrung durch Additur im US-Recht 72ff., 75
 - s.a. Garantiefonds, Geschäftsadäquanz, Haftungsbeschränkung, Unterkapitalisierung
- Mindestkapitalisierung
 - von Aktiengesellschaften nach europäischem Recht 126

- von GmbH im europäischen Rechtsvergleich 127f.
- Grundsätze im deutschen Recht 194f.
- Sicherung durch Unterkapitalisierungsdurchgriff 220f.
- Unzulänglichkeit der gesetzlichen Mindestbeträge 194f.
- Fehlen fester summenmäßiger Vorgaben in den USA 89f., 91ff.
- materielle Anforderungen in den USA 108ff.
- s.a. Durchgriffshaftung
- Medical malpractice s. Arzthaftung
- Minderheitenschutz
 - als Sinn und Zweck des gesetzlichen Mindestkapitalfonds im Gesellschaftsrecht 202
- Minderjährigenhaftung s. Verfassungsrecht

- Nacherfüllungshaftung
 - Begrenzbarkeit im Kaufrecht 295, 296, 302, 304
 - Begrenzbarkeit im Werkrecht 340, 341, 342f.
- Niederlassungsfreiheit
 - als europäische Grundgarantie institutioneller Haftungsbeschränkung 141f.
- Non-cumul
 - als Grundsatz im französischen Recht 119
 - Parallele im spanischen Recht 121
- Normanwendungslehre 217f.

- Obhut
 - über Personen und Beschränkbarkeit der Haftung 271
 - über Sachen und Beschränkbarkeit der Haftung 271f., 340
- Ökonomische Analyse des Rechts 45ff., 428
 - Ergebnisse 58f.
 - Grundbegriffe 45f
 - Grundpositionen zur Ökonomie von Haftung und Haftungsbeschränkung 49ff.
 - methodische Grundlagen 47
 - Haftungsprinzip 50
 - der institutionellen Haftungsbeschränkung 54ff.
 - Transaktionskosten vertraglicher und institutioneller Haftungsbeschränkung 57f.
 - ungeklärtes Verhältnis zur Vertragsfreiheit 53
 - Ursprung 46f.
 - der vertraglichen Haftungsbeschränkung 52ff.
 - keine zwingende Haftung des cheapest insurer 264f.
- Österreich
 - Durchgriffshaftung 133
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 122
- Ordre public
 - als Grenze der Rechtswahlfreiheit im deutschen IPR 145f.
 - als Grenze der Gründungstheorie 155f.
 - als Grenze der Vertragsfreiheit in den USA (public policy) 75, 77ff.
- Par conditio creditorum
 - und Haftung des Garantiefonds im Kapitalgesellschaftsrecht 193
- Partnerschaftsgesellschaft
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen bei P. 364f.
 - Haftungskonzentration auf einzelne Partner 365
 - s.a. Sozietät
- Patentanwaltsgesellschaften s. Rechtsanwalts-
gesellschaften
- Patentanwaltshaftung s. Rechtsanwaltshaf-
tung
- Personenbeförderung 403ff., 432f.
 - Beschränkbarkeit der Haftung allgemein 404ff.
 - auf dem Binnenschiff 411f.
 - mit der Eisenbahn 406ff.
 - in der Luft 412ff.
 - zur See 409f.
 - im Straßenverkehr 404f.
- Personengesellschaft mit beschränkter Haf-
tung
 - nicht realisierte Vorschläge im deutschen Recht 40, 189
- Personenschadenhaftung s. Körperschaden-
haftung
- Pflichtwidrigkeit
 - Grad der P. und Geschäftsadäquanz von Haftungsbeschränkungen 245ff.
 - qualifizierte P. s. dort
 - s. a . grobe Fahrlässigkeit
- Piercing the corporate veil
 - im englischen Gesellschaftsrecht 130f.
 - im US-amerikanischen Gesellschaftsrecht 97ff., 228
 - s.a. Durchgriffshaftung
- Positive Forderungsverletzung
 - Haftung des Reiseveranstalters aus p.V.V. 420
 - Verdrängung der p.V.V. durch transport-
rechtliche Spezialtatbestände 380f., 381

- Verkäuferhaftung aus p.V.V. 285f., 289f., 305f.
- Werkunternehmerhaftung aus p.V.V. 336f.
- Principles of European Contract Law
 - allgemein 8
 - und Dienstleistungshaftung 313f., 319
 - Haftungssystem 123f., 339
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 122ff., 124f.
- Privatautonomie
 - als Ausgangspunkt bei der Beurteilung vertraglicher Haftungsbeschränkungen 231f.
 - als europäische Grundgarantie 140f.
 - im europäischen Rechtsvergleich 116f.
 - geschichtliche Genese und Bedeutung 37, 43
 - und ihre Grenzen in den USA 75ff.
 - als verfassungsrechtliche Garantie vertraglicher Haftungsbeschränkung 166ff., 182
- Produkthaftung
 - fragwürdiger und EU-rechtswidriger zwingender Haftungsrahmen 275ff.
 - in den USA 64f., 81, 82
- Proportionalität der Haftung
 - als Gegenentwurf zum geltenden Prinzip der Totalreparation 8
- Punitive damages
 - allgemein 64
 - gesetzliche Höchstgrenzen in den USA 67f.
 - Remittitur 70ff.
- Qualifizierte Pflichtwidrigkeit
 - Unbegrenzbarkeit der Transporthaftung bei q. P. 390, 395ff.
 - Entfallen transportrechtlicher Haftungsgrenzen bei q. P. 385, 390
- Qualifizierter faktischer GmbH-Konzern
 - Haftung im q. 223ff.
 - als Notbehelf gegen materielle Unterkapitalisierung 224ff.
- Realitätslehre s. Theorie der realen Verbandspersönlichkeit
- Rechtsanwaltsgesellschaften
 - Haftungsbeschränkung allgemein 241
 - erhöhte Mindesthaftsummen 358
- Rechtsanwaltshaftung
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen allgemein 236, 351ff.
 - Anwendungsbereich der besonderen Zulässigkeitsregeln 352f.
 - Haftungsgrundregeln 351
- konkurrierende allgemeine Inhaltskontrolle von Haftungsbeschränkungen 353ff.
- Haftungsbeschränkungen bei Sozietäten 359ff.
- Rechtsformverbote für Arztpraxen 321ff.; s.a. Arzthaftung
- Rechtsprechung
 - Bundesverfassungsgerichtsrechtsprechung s. dort
 - Entwicklungslinien zur betragsmäßigen Haftungsbeschränkung 14f.
 - Supreme Court, US-Gerichte s. USA
- Rechtswahlvereinbarung
 - allgemein 3
 - Zulässigkeit im deutschen IPR 143ff.
- Reduktionsklausel
 - Fehlen im deutschen Recht 8f.
 - Remittitur als Funktionsäquivalent im US-Recht 70ff., 74f.
- Reichskammergerichtsordnung 32
- Reiserecht 419ff., 433
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen allgemein 237, 419ff.
 - Beschränkbarkeit der Personenschadenhaftung und die Pauschalreiserichtlinie 422f.
 - Haftungsgrundlagen und Rechtsbehelfe des Reisenden 419f.
 - verfassungsrechtliche Einwände gegen unbegrenzbare Personenschadenhaftung im Reiserecht 421f.
- Restschuldbefreiung 161
- Risikoübernahme, bewußte
 - Begriff 5
 - und Tarifwahl 243f.
- Sachmängelhaftung s. Kaufrecht, Werkrecht
- Sachsenspiegel 30
- Schadensersatzrecht
 - Änderung s. Zweite Schadensersatzrechtsreform
- Schadensversicherung
 - Bedeutung bestehender S. für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 259f.
 - s.a. Versicherungsschutz
- Schiedsvereinbarungen 6
- Schiffschleppen
 - Haftungsbeschränkungen in den USA 77ff.
- Schmerzensgeld 11f.
- Schuldrechtsreform
 - allgemein 16f.
 - Fortschreibung des AGB-Rechts zur Begrenzbarkeit der Haftung für grobe Fahrlässigkeit 248f.

- Bedeutung im Dienstvertragsrecht 317
- verfassungswidrige Einführung eines Verbots formularmäßiger Begrenzung der Körperschadenhaftung 254f.
- Fortschreibung des einseitig zwingenden Haftungsmodells im Reiserecht 420
- und Richtlinienumsetzung 116, 291f.
- neue Verkäuferhaftung 288ff.
- neue Werkunternehmerhaftung 337f.
- Schwabenspiegel 30
- Seedarlehen
 - allgemein 25
 - Entwicklung zur Seeversicherung 31f.
- Sittenwidrige vorsätzliche Schädigung
 - Unzulässigkeit der Haftungsbeschränkung für 274
- Sitztheorie
 - als herrschende Meinung im deutschen IPR 148f.
 - die Bedeutung der Centros-Entscheidung 153f.
 - die Bedeutung der Daily Mail-Entscheidung 152f.
 - die europarechtliche Niederlassungsfreiheit als Grenze der Sitztheorie 151f.
- Societas leonina 23, 25
- Sozietät
 - Haftungsbeschränkungen bei Rechts- und Wirtschaftsberatern allgemein 359ff.
 - Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen 363f.
 - Haftungskonzentration auf einzelne beratende Partner 360ff.
 - zwingende Haftung des Gesellschaftsvermögens? 361
 - s.a. Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Partnerschaftsgesellschaft, Rechtsanwaltschaft, Steuerberaterhaftung, Wirtschaftsprüferhaftung
- Sonderziehungsrecht des IWF 10
- Sorgfaltsmaßstab
 - Einschränkung 11
- Spanien
 - Durchgriffshaftung 132f.
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 121f.
- Steuerberaterhaftung
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen allgemein 236, 351ff.
 - Anwendungsbereich der besonderen Zulässigkeitsregeln 352f.
 - Haftungsgrundregeln 351
 - konkurrierende allgemeine Inhaltskontrolle von Haftungsbeschränkungen 353ff.
- Haftungsbeschränkung bei Sozietäten 359ff.
- Tarifwahl
 - Bedeutung für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 243f.
- Terminologie
 - der Haftungsbeschränkungen 6f.
- Theorie der realen Verbandspersönlichkeit
 - im deutschen Gesellschaftsrecht 185ff.
 - als Spiegelbild der Durchgriffstheorie 218f.
 - Parallelen im US-Gesellschaftsrecht 98
- Totalreparation
 - Grundsatz im deutschen Recht 3, 8f.
- Transportkonventionsrecht
 - eingeschränkte Disponibilität der Haftung im T. 394ff.
 - Grundzüge der Haftungsregeln 391ff.
 - Haftungshöchstbeträge im T. 393f.
- Transportrecht, autonomes deutsches 378ff., 432
 - AGB-Festigkeit des Haftungsrechts 386ff.
 - Beschränkbarkeit der Haftung allgemein 237, 385ff.
 - Disponibilität der Haftung im Seefrachtrecht 391
 - dogmatische Einordnung der Transporteurhaftung 380f.
 - gesetzliche Haftungshöchstbeträge bei Inlandstransporten 382ff.
 - Haftungssystem 379ff.
 - Kollisionsrecht 381f.
 - Besonderheiten des Transportkonventionsrechts s. dort
 - Verbraucherschutz im T. 384, 389ff.
 - s.a. qualifizierte Pflichtwidrigkeit
- Trennungsprinzip im Kapitalgesellschaftsrecht
 - und Durchgriffsfragen 213f.
 - Geltung im deutschen Recht 192f.
 - Mißachtung als Durchgriffsgrund 101
- Trust
 - business trust (Massachusetts trust) als Gesellschaftsform in den USA 88
 - als Gründer einer Kapitalgesellschaft 89
- Überschuldungsschutz
 - durch gesetzliche Mindestkapitalisierung 202f.
- Überweisungsrecht s. Bankenhaftung
- Ultra vires-Lehre
 - Nichtgeltung im deutschen Recht 193

- Überwindung im US-amerikanischen Recht 89
- Umzug
 - allgemeine gesetzliche Haftungsgrenzen 384
 - besonderer Schutzstandard beim Verbraucherumzug 384
- UNIDROIT Prinzipien für Internationale Handelsverträge
 - allgemein 8
 - und Dienstleistungshaftung 313f., 319
 - Haftungssystem 123f., 339
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 122ff., 124f.
- Uniform Commercial Code
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 75f., 81ff.
 - System der Verkäuferhaftung 81f.
- UN-Kaufrecht
 - allgemein 8
 - System der Verkäuferhaftung 305f.
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 306f.
- Unterkapitalisierung
 - nominelle 203f.
 - als Durchgriffsgrund 220f., 224ff.
 - s.a. Durchgriffshaftung
- USA 62ff., 428f.
 - Additur untersetzter Schadensersatzverdikte 72f.
 - Bedeutung des Rechtsvergleichs 62
 - Durchgriffshaftung 97ff.
 - Geschichte des institutionellen Haftungsprivilegs 85ff.
 - gesellschaftsrechtliche Grundformen 88ff.
 - gesetzliche Haftungshöchstgrenzen 64ff.
 - Haftungsrecht 63f.
 - Jury 68, 70ff., 104, 228
 - kompensatorischer Schadensersatz, Höchstgrenzen 64
 - Limited Liability Company s. dort
 - punitive damages s. dort
 - Rechtsprechung der Circuit Courts zum Bundesrecht des Haftungsdurchgriffs 103
 - Rechtsprechung der Instanz- und Staatsgerichte zur Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkung 79ff.
 - Remittitur überhöhter Schadensersatzverdikte 70ff.
 - Supreme Court-Rechtsprechung zum Haftungsdurchgriff 101f.
 - Supreme Court-Rechtsprechung zur Unwirksamkeit von Haftungsausschlüssen 77f.
 - Supreme Court-Rechtsprechung zur Wirksamkeit von Haftungsbegrenzungen 79
 - Uniform Commercial Code s. dort
 - Zulässigkeit institutioneller Haftungsbeschränkung 85ff.
 - Zulässigkeit vertraglicher Haftungsbeschränkungen 75ff.
- Verbraucherschutz
 - allgemeinen Bedeutung für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 272
 - im Lagerhaltungsrecht 400
 - im Transportrecht 389ff.
 - insbes. im Umzugsrecht 384
 - Ansätze in den USA 76f.
- Verbrauchsgüterkauf
 - Neuregelung des V. 291f., 299f.
- Vereinbarungskorridor
 - für die Modifikation der Sporthaftung 13, 387ff.
- Vereinigungsfreiheit
 - als europäische Grundgarantie institutioneller Haftungsbeschränkung 141f.
 - als verfassungsrechtliche Garantie institutioneller Haftungsbeschränkung 174ff., 182f.
- Verfassungsmäßig berufene Vertreter
 - Beschränkbarkeit der Haftung für das Verhalten v. b. V. 267f.
- Verfassungsrecht 158ff., 429f.
 - Bedenken gegen die gesetzliche Begrenzung der Absenderhaftung 383f., 390f.
 - Bedeutung der Eigentumsgarantie für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 167f.
 - Bedeutung des Gleichheitssatzes für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 172ff., 179ff., 183
 - verfassungsrechtliche Grenzen vertraglicher Haftungsbeschränkung 169ff.
 - Begrenzbarkeit der Haftung für grobe Fahrlässigkeit als Verfassungsgebot 245ff.
 - Begrenzbarkeit der Körperschadenhaftung als Verfassungsgebot 250ff.
 - und Minderjährigenhaftung 162ff.
 - Privatautonomie als Garantie vertraglicher Haftungsbeschränkung 166ff.
 - als Rahmen für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 158ff.
 - Verfassungswidrigkeit eines Rechtsformtotalverbots für ambulante Heilbehandlung 322ff.
 - und Restschuldbefreiung 161

- eingeschränkte Bedeutung des Sozialstaatsprinzips als Grenze von Haftungsbeschränkungen 171f.
- Bedenken gegen die AGB-Festigkeit der Transporthaftung 386f.
- Bedeutung für die Auslegung des Überweisungsrechts 369f., 373f.
- Unternehmensfreiheit als Garantie vertraglicher Haftungsbeschränkung 168f.
- als Schranke unbegrenzbarer Schutzpflichthaftung im Dienstvertrag 316f.
- als Schranke von gesetzlichen Haftungshöchstgrenzen in den USA 65, 68f.
- Vereinigungsfreiheit als Garantie institutioneller Haftungsbeschränkung 174ff.
- Begrenzbarkeit der Zusicherungshaftung als Verfassungsgebot 297ff., 301f.
- und Zwangsvollstreckung 159ff.
- und zwingende Haftung 274ff.
- s.a. Bundesverfassungsgerichtsrechtsprechung
- Vermögensvermischung
 - als Fallgruppe der Durchgriffshaftung 219f.
- Verrichtungsgehilfen
 - Beschränkbarkeit der Haftung für das Verhalten von V. 267f.
- Versicherbarkeit
 - allgemeine Bedeutung für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 257ff.
 - in der Haftpflichtversicherung und Beschränkbarkeit der Haftung 260ff.
 - in der Kaskoversicherung als fragwürdiges Zulässigkeitskriterium für Haftungsbeschränkungen 262ff.
- Versicherungspflicht s. Haftpflichtversicherung
- Versicherungsrecht
 - Besonderheiten der Reichweite des institutionellen Haftungsprivilegs 190
- Versicherungsschutz
 - Bedeutung für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen 258ff.
- Versicherungssummen
 - als Orientierungspunkt bei der Bestimmung geschäftsadäquater Haftungshöchstbeträge 237
- Vertragsfreiheit s. Privatautonomie
- Vertragstheorie
 - der juristischen Person im US-Recht 98
- Vollstreckungsvereinbarungen 6
- Vorhersehbarkeit des Schadens
 - als gesetzliche Haftungsvoraussetzung in ausländischen Rechtsordnungen 8
- als Kriterium bei der Beurteilung von Haftungsbeschränkungen 256f.
- Vorsatzhaftung
 - eingeschränkte Begrenzbarkeit der V. 249f.
 - Unzulässigkeit der Haftungsbegrenzung bei eigener vorsätzlicher Straftat 274
- Wahlmaximum
 - Begriff 10f.
- Weiterfresserschäden s. Delikthaftung
- Werkvertrag 333ff., 431
 - Abgrenzung vom Werklieferungsvertrag 333f.
 - Haftungsbeschränkung in AGB 342ff., 346
 - Haftungsbeschränkung im ausgehandelten Individualvertrag 339ff., 341ff.
 - Haftungsordnung 334ff., 337f.
 - Bedeutung Richtlinienentwurfs zur Dienstleistungshaftung 338f.
- Wirtschaftsprüferhaftung
 - Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen allgemein 236, 351ff.
 - Anwendungsbereich der besonderen Zulässigkeitsregeln 352
 - Haftungsgrundregeln 351
 - konkurrierende allgemeine Inhaltskontrollen von Haftungsbeschränkungen 353ff.
 - Haftungsbeschränkung bei Sozietäten 359ff.
 - s.a. Abschlußprüfer
- Zinssätze
 - Frühzeit 21
 - vorklassisches und klassisches römisches Recht 24
- Zinsverbot
 - Abbau in den Partikularrechten und in den frühen Reichsgesetzen 37f.
 - biblisches 25
 - kanonisches 28, 29ff., 42f.
 - Rückzug im gemeinen Recht 34ff.
 - Umgehungsgeschäfte 31f.
- Zulässigkeitskorridor s. Vereinbarungskorridor
- Zulässigkeitsregeln für Haftungsbeschränkungen
 - positiv formulierte, allgemein 13f.
 - als Maßstab für die Beurteilung vertraglicher Haftungsbegrenzung 236f.
- Zusicherungshaftung s. Eigenschaftszusicherung
- Zwangsvollstreckungsrecht

- Einfluß des Code de procédure civile auf Partikularrechte 36
- im gemeinen Recht 32f.
- im germanischen Recht 26, 27
- und Haftungsbeschränkung im römischen Recht 20, 22f., 24
- im Mittelalter 29
- Reichszivilprozeßordnung 39
- und Verfassung 159ff.
- Zweckvermögenstheorie
- im deutschen Gesellschaftsrecht 187
- und Durchgriffslehre 219
- Zweite Schadensersatzrechtsreform
- allgemein 9f., 11
- und Arzthaftung 319
- Zwingende Haftung
- und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen 274ff.
- Zwölf tafeln 21

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Nichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Brors, Christiane*: Die Abschaffung der Fürsorgepflicht. 2002. *Band 67*.
- Bruns, Alexander*: Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung. 2003. *Band 74*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Dethloff, Nina*: Europäisierung des Wettbewerbsrechts. 2001. *Band 54*.
- Drexler, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbaueinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Ellger, Reinhard*: Bereicherung durch Eingriff. 2002. *Band 63*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Giesen, Richard*: Tarifvertragliche Rechtsgestaltung für den Betrieb. 2002. *Band 64*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‚sonstiges‘ Recht. 1996. *Band 17*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Hofer, Sibylle*: Freiheit ohne Grenzen. 2001. *Band 53*.
- Huber, Peter*: Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung. 2001. *Band 58*.
- Jänich, Volker*: Geistiges Eigentum – eine Komplementärererscheinung zum Sacheigentum? 2002. *Band 66*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.
- Katzenmeier, Christian*: Arzthaftung. 2002. *Band 62*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Krause, Rüdiger*: Mitarbeit in Unternehmen. 2002. *Band 70*.

Jus Privatum

- Luttermann, Claus:* Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32.*
- Looschelders, Dirk:* Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38.*
- Lipp, Volker:* Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42.*
- Merkt, Hanno:* Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51.*
- Möllers, Thomas M.J.:* Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18.*
- Muscheler, Karlheinz:* Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5.*
– Universalsukzession und Vonselbsterwerb. 2002. *Band 68.*
- Oechsler, Jürgen:* Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21.*
- Oetker, Hartmut:* Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9.*
- Oppermann, Bernd H.:* Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3.*
- Peifer, Karl-Nikolaus:* Individualität im Zivilrecht. 2001. *Band 52.*
- Peters, Frank:* Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1.*
- Raab, Thomas:* Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41.*
- Reiff, Peter:* Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19.*
- Reppen, Tilman:* Die soziale Aufgabe des Privatrechts. 2001. *Band 60.*
- Rohe, Mathias:* Netzverträge. 1998. *Band 23.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von:* Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39.*
- Saenger, Ingo:* Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27.*
- Sandmann, Bernd:* Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50.*
- Schäfer, Carsten:* Die Lehre vom fehlerhaften Verband. 2002. *Band 69.*
- Schur, Wolfgang:* Leistung und Sorgfalt. 2001. *Band 61.*
- Schwarze, Roland:* Vorvertragliche Verständigungspflichten. 2001. *Band 57.*
- Sieker, Susanne:* Umgehungsgeschäfte. 2001. *Band 56.*
- Stadler, Astrid:* Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15.*
- Stoffels, Markus:* Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse. 2001. *Band 59.*
- Taeger, Jürgen:* Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13.*
- Trunk, Alexander:* Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28.*
- Wagner, Gerhard:* Prozeßverträge. 1998. *Band 33.*
- Waltermann, Raimund:* Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14.*
- Weber, Christoph:* Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44.*
- Wendehorst, Christiane:* Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37.*
- Wiebe, Andreas:* Die elektronische Willenserklärung. 2002. *Band 72.*
- Würthwein, Susanne:* Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48.*

Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen. Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>